

30./31. MAI

59

SPD • BEZIRKSPARTEITAG • ROSENSTADT UETERSEN







*Grußwort zum Bezirksparteitag  
der SPD Schleswig-Holstein  
am 30./31. Mai 1959 in Uetersen*

*Ich möchte den diesjährigen Bezirksparteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands herzlich begrüßen. Uetersen ist als Industriezentrum des Südraumes unseres Landes Schleswig-Holstein dem pulsierenden Leben der Gegenwart besonders nahe verbunden. Aus dieser Struktur ergeben sich die Aufgaben unserer Stadt, die seit Jahrzehnten neben den anderen Parteien von einer starken und verantwortungsbewußten sozialdemokratischen Mehrheit gemeistert werden. Uetersen entbietet daher dankbar den Delegierten dieses Bezirksparteitages einen aufrichtigen Willkommensgruß.*

*Dr. Frenzel, Bürgermeister*



## Vorschlag für die Tagesordnung

Sonnabend, 30. Mai 1959:

- 10.00 Uhr 1. Eröffnung und Begrüßung
2. Wahl des Präsidiums
3. Wahl der Kommissionen
4. Referat über das Grundsatzprogramm  
Referent: Franz Osterroth, Kiel  
— Mittagspause —
5. Aussprache
6. Berichte
- |                                 |                  |
|---------------------------------|------------------|
| a) Bezirksvorstand . . . . .    | Walter Damm      |
| b) Landtagsfraktion . . . . .   | Wilhelm Käber    |
| c) Kasse . . . . .              | Egon Müller      |
| d) Kontrollkommission . . . . . | Frieda Bendfeldt |
7. Aussprache

Sonntag, 31. Mai 1959:

- 9.30 Uhr 8. Politisches Referat,  
Waldemar von Knoeringen, Stellvertr. Partei-  
vorsitzender
9. Aussprache  
— Mittagspause —
10. Beratung und Beschlußfassung über Anträge
11. Wahlen
- |                       |
|-----------------------|
| a) Bezirksvorstand    |
| b) Kontrollkommission |

## Der Bezirksvorstand

(gewählt am 5. Mai 1957 in Flensburg)

Bezirksvorsitzender Walter Damm, Appen/Etz  
Stellvertr. Vorsitzende: Albert Schulz, Kiel; August Heine, Lübeck

Beisitzer:

1. Anne Brodersen, Kiel
2. Paul Bromme, Lübeck
3. Bruno Dieckmann, Kiel
4. Waldemar Dudda, Uetersen
5. Max Johannsen, Neumünster
6. Wilhelm Käber, Kiel
7. Ernst Kähler, Mönkeberg
8. Eugen Lechner, Neumünster
9. Dr. Elly Linden, Lübeck
10. Walter Lurgenstein, Husum
11. Reinhold Rehs, Kiel
12. Wilhelm Siegel, Schmalenbek
13. Jochen Steffen, Flensburg
14. Anny Trapp, Eutin

*Damm*  
*Dank an Kreis Ortsvereine, Jäger-*  
*meister sowie Büro*  
*Fraktionssitzung*



## Geschäftsordnung für die Verhandlungen des Parteitages

1. Der Bezirksparteitag wählt für die Leitung seiner Geschäfte ein Präsidium. Dieses soll bestehen aus:
  - 3 Delegierten des Bezirksparteitages
  - 1 Mitglied des gastgebenden Kreisvereins
  - 1 Mitglied des Bezirksvorstandes
2. Stimmberechtigte Mitglieder des Parteitages sind die von den Kreisvereinen gewählten Delegierten, die Mitglieder des Bezirksvorstandes und die Mitglieder der Kontrollkommission.
3. Der Parteitag ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten des Parteitages anwesend sind.
4. Beschlüsse des Parteitages werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt, soweit nicht nach dem Statut eine qualifizierte Mehrheit erforderlich ist.
- X 5. Die Wahlen zu den Körperschaften der Partei erfolgen durch geheime Abstimmung. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhält. Bei Stimmengleichheit wird eine Stichwahl vorgenommen.
6. Die Redezeit für Diskussionsredner beträgt höchstens zehn Minuten.
7. Die Diskussionsredner erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldung das Wort. Die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen.
8. Anträge, die erst während des Parteitages gestellt werden, können nur behandelt werden, wenn sie von mindestens 25 Delegierten aus mindestens vier Kreisvereinen unterstützt werden.
9. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller erhalten außer der Reihenfolge der Diskussionsredner das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt höchstens fünf Minuten.
10. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je ein Redner für und gegen den Antrag gesprochen hat.
11. Persönliche Bemerkungen sind nur am Schluß der Debatte zulässig.

# Jahresberichte

1957/58

Bezirk Schleswig-Holstein



Bezirksparteitag 1959 Uetersen

30. und 31. Mai »Stadthalle«



## Bericht über die Arbeit der Partei 1957/58

Dem Bezirksparteitag in Flensburg im Jahre 1957 wurde erstmalig seit 1946 ein schriftlicher Bericht vorgelegt. Das geschieht hiermit auch für den diesjährigen Bezirksparteitag in Uetersen. Voraussichtlich werden auch in Zukunft den Bezirksparteitagen schriftliche Berichte vorgelegt werden.

Auch dieser Bericht soll wie sein Vorgänger lediglich eine Ergänzung der mündlichen Berichterstattung auf dem Bezirksparteitag sein. Darüber hinaus sollen diese Berichte für unsere Funktionäre im bescheidenen Umfang eine Gedächtnisstütze und eine Nachschlagemöglichkeit sein. Eine Sammlung dieser Berichte gibt dann ein Bild der Entwicklung der sozialdemokratischen Wählerzahlen, unserer Organisation und der Beitragszahlung. Wir empfehlen deshalb allen Delegierten und Organisationsgliederungen, die Geschäftsberichte aufzubewahren. Der Bericht umfaßt die **Kalenderjahre 1957 und 1958**. Beide Jahre waren Wahljahre. Die Arbeit der Partei konzentrierte sich deshalb fast ausschließlich auf die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen.

Unter diesen Umständen stand auch der **Bezirksparteitag 1957 in Flensburg** (4. und 5. Mai) schon unter dem Schlagschatten der Bundestagswahl vom 15. September 1957. Ein großangelegtes Referat Erich Ollenhauers bildete den Höhepunkt des Bezirksparteitages, die Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl die organisatorische Voraussetzung für die Einleitung des Wahlkampfes. Der **Bundestagswahlkampf** wurde von der Partei auch in Schleswig-Holstein mit voller Kraft geführt. Dem riesigen, aus Unternehmerkreisen gespeisten Propagandaaufwand der Kanzlerpartei konnten wir jedoch verständlicherweise nicht annähernd Gleichwertiges entgegenstellen. Hinzu kam, daß der Bundeskanzler und Vorsitzende der CDU sich nicht schämte, seinen Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie in der verlogenen Weise zu führen. Offenbar nach dem Motto: „der Zweck heiligt die Mittel“. Der Bundestagswahlkampf der CDU war in seiner Anlage eine Neuauflage der Hottentottenwahl von 1907 (Reichstagswahl 1907).

### Das Bundestagswahlergebnis in Schleswig-Holstein

Wahlkreise	Von den gültigen Zweitstimmen entfielen auf							
	CDU	SPD	GB/BHE	FDP	DP	BdD	DRP	SSW
1. Husum-Südtond.-Eiderstedt	35 050	15 918	4 869	3 919	5 652	62	450	5 931
2. Flensburg	39 082	18 488	8 152	4 365	5 231	89	752	18 235
3. Schlesw.-Eckernf.	39 813	17 872	7 294	4 221	2 509	74	589	5 761
4. Norder- und Süderdithmarsch.	38 449	19 369	6 112	4 048	4 403	64	516	617
5. Rendsburg	52 278	29 928	8 564	6 424	3 514	260	703	940
6. Kiel	66 303	56 095	4 177	6 939	2 077	526	932	349
7. Plön-Eutin-Nord	40 357	26 695	8 185	3 787	2 404	171	470	59
8. Oldenburg-Eutin-Süd	35 438	23 404	10 215	3 325	2 251	150	679	44
9. Lübeck	54 110	35 370	7 937	6 080	1 765	263	648	46
10. Segeb.-Neum.	48 647	28 162	9 045	5 756	2 084	94	427	40
11. Steinburg	38 031	27 922	7 708	4 645	6 931	232	253	55
12. Pinneberg	50 496	43 117	8 427	8 210	4 174	292	508	89
13. Stormarn	44 501	32 901	8 921	7 025	2 808	124	863	54
14. Hzgt. Lauenburg	48 592	29 354	9 904	4 912	3 536	126	1219	42
Schlesw.-Holstein	631 147	404 595	109 510	73 656	49 339	2527	9009	32 262
darunter Briefwahl:	36 571	13 382	4 448	4 991	2 491	106	436	1 215

Der CDU gelang es, ihren prozentualen Anteil gegenüber 1953 von 47,1 % auf 48,1 %, also um 1 % zu steigern. Die Sozialdemokratie konnte ihren Anteil von 26,5 % auf 30,9 %, also um 4,4 % erhöhen.

Die Sozialdemokratie erhielt über Landesliste sieben Mandate wie bei der Bundestagswahl 1953, während die CDU wie 1953 alle 14 Wahlkreismandate gewann und damit wieder zwei Überhangmandate erhielt.

Nach der Zahl ihrer Stimmen hätte sie an sich nur Anspruch auf zwölf Mandate gehabt.

Die FDP und die DP erhielten je ein Mandat über Landesliste.

Der **sozialdemokratische Stimmengewinn** wirkte sich bei der Mandatsverteilung nicht in einer Erhöhung der Zahl unserer Abgeordneten aus, weil diesmal nach der üblichen Änderung des Wahlgesetzes auf Schleswig-Holstein drei Mandate weniger entfielen als 1953.

Durch ihre Überhangmandate begünstigt, erhielt die CDU in Schleswig-Holstein für 45 082 Stimmen einen Abgeordneten ( $631\,147 : 14 = 45\,082$ ), während die Sozialdemokratie nur für 57 800 Stimmen ( $404\,595 : 7 = 57\,800$ ) einen Abgeordneten erhielt.

Als sozialdemokratische Abgeordnete zogen in den Bundestag ein:

Prof. Dr. Fritz Baade,	Kiel, Hindenburgufer 71
Bruno Diekmann,	Kiel, Kirchenstraße 7
Prof. Dr. Wilhelm Gülich,	Kiel, Mecklenburger Straße 2—4
Kurt Pohle,	Eckernförde, Eichkamp 1
Reinhold Rehs,	Kiel, Sternwartenweg 41
Karl Regling	Lübeck, Kastanienallee 2
Annemarie Renger,	Oldenburg/Holst., Mühlenkamp 41

Der Bundestag setzt sich nach der Wahl vom 15. September 1957 aus 278 Abgeordneten der CDU (davon acht aus Westberlin), 181 Abgeordneten der SPD (davon zwölf aus Westberlin), 43 Abgeordneten der FDP (davon zwei aus Westberlin) und 17 Abgeordneten der DP zusammen.

Nach den optimistischen Erwartungen, die an die Bundestagswahl geknüpft waren, wirkte das Ergebnis auf die Partei enttäuschend. Wohl hatte die Sozialdemokratie zum ersten Male seit 1949 mehr als ein Drittel der Abgeordneten im Bundestag und damit einen Sperrriegel gegen etwa von der Bundesregierung geplante Verfassungsänderungen in der Hand. In der ersten Erregung über den Ausgang der Bundestagswahl wurde dieser Erfolg kaum gewürdigt. Wie unerhört wichtig dieser Sperrriegel ist, wird heute jedem klar werden, wenn er sich vergegenwärtigt, daß künftig der Bundespräsident nicht mehr Heuss heißen wird, sondern Adenauer.

Unter dem Eindruck des von vielen ausgesprochen als Niederlage empfundenen Ausgangs der Bundestagswahl begann in der ganzen Partei — ermuntert vom Parteivorstand — eine lebhafte Debatte über unsere etwaigen Fehler und Schwächen. Sie fand in allen Organisationsgliederungen statt und war ein Zeichen für die geistige Lebendigkeit in der Partei und für den ungebrochenen Willen zum Erfolg.

Der Bezirksvorstand beschäftigte sich monatelang in einer Reihe von Sitzungen mit dem Ausgang der Bundestagswahl und den daraus zu ziehenden Konsequenzen. An einer dieser Sitzungen nahm auf Wunsch des Bezirksvorstandes auch ein Mitglied des Parteivorstandes teil.

Dem Parteivorstand in Bonn wurde als Ergebnis dieser Diskussionen eine Reihe von Vorschlägen und Anregungen unterbreitet.



## Vorbereitung der Landtagswahl

Der Bezirksvorstand begann sehr frühzeitig mit der Vorbereitung der Landtagswahl 1958. Bei den Beratungen und Beschlüssen wurden die Erkenntnisse aus der Bundestagswahl ausgewertet.

Bereits im Dezember 1957 wurden die „Leitsätze für den Landtagswahlkampf 1958“ beschlossen. Die Genossen Lechner und Strack wurden schon damals mit der Vorbereitung und Leitung der Propaganda beauftragt.

Außerdem wurde beschlossen, eine **Meinungserforschung der Wähler** durch ein bekanntes Institut durchzuführen. Die Befragung fand im Februar 1958 statt und brachte zum Teil interessante Ergebnisse, die bei der Propaganda ausgewertet werden konnten.

Wie üblich bei diesen Meinungserforschungen war auch die Frage gestellt, wie die Befragten wählen würden, wenn am darauf folgenden Sonntag die Landtagswahl wäre.

Wir veröffentlichen hier das

### Ergebnis der Befragung und das Wahlergebnis

	CDU	SPD	FDP	BHE	DP	SSW
Befragung im Februar	50,0 %	36,0 %	6,0 %	4,0 %	2,0 %	1,0 %
Wahlergebnis am 28. 9. 58	44,4 %	35,9 %	5,4 %	6,9 %	2,8 %	2,8 %

### Außerordentlicher Bezirksparteitag in Rendsburg

Zur Vorbereitung der Landtagswahl fand am 19. und 20. April 1958 in Rendsburg ein außerordentlicher Bezirksparteitag statt. Fritz Erler hielt ein mit großem Beifall aufgenommenes Referat über „Die Aufgaben der Partei in den kommenden Jahren“. Am 2. Tag berichtete Wilhelm Käber unter dem Motto „Unser Land braucht Sozialdemokraten in der Regierung“ über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion und entwarf ein Bild der landespolitischen Situation.

Einstimmig nahm der Parteitag darauf folgende **EntschlieÙung** an:

**„Der Parteitag in Rendsburg spricht der SPD-Landtagsfraktion für ihre geleistete Arbeit die volle Anerkennung aus. Der Parteitag gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Bevölkerung des Landes diese Anerkennung bestätigt und die kommende Landtagswahl benutzt, um den sozialdemokratischen Einfluß im Landtag wesentlich zu verstärken. „Unser Land braucht Sozialdemokraten in der Regierung!“**

Auf diesem Bezirksparteitag wurden auch die Kandidaten zur Landtagswahl in den 42 Wahlkreisen und auch die der Landesliste aufgestellt.

Angesichts der von der CDU-Mehrheit gebilligten atomaren Bewaffnung der Bundeswehr und der sich dadurch ergebenden Gefahren für das deutsche Volk unternahm der außerordentliche Bezirksparteitag auch einen Vorstoß in die Bundespolitik.

Es wurde eine EntschlieÙung angenommen, in der einleitend die demokratischen Parteien unseres Landes aufgefordert wurden, aus dem drohenden Notstand für das deutsche Volk die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Auf der Ebene der Bundesrepublik wurden ferner die Parteien der SPD, FDP und des BHE aufgefordert, unter Zurückstellung der parteipolitischen und parteitaktischen Ziele alle Kräfte gegen die verhängnisvolle Atomrüstungspolitik zusammenzufassen mit dem Ziele der Ablösung der Regierung Adenauer. In der **EntschlieÙung** hieß es weiter wörtlich:

**„1. Der Bezirksvorstand wird beauftragt, den Parteivorstand aufzufordern, alle politischen Kräfte zu sammeln, die bereit sind, den verhängnisvollen Kurs Adenauers zu bekämpfen. Die Ablösung der Regierung Adenauers muß das Ziel sein.**

**Die Zusammenarbeit in den Ländern sollte angestrebt werden.**

**2. Die Landtagsfraktion soll mit den Vertretern der FDP und des BHE Verhandlungen über eine Ablösung des derzeitigen Landeskabinetts führen. Dabei muß sichergestellt werden, daß diese Zusammenarbeit in der Regierung vor allem auch nach der Landtagswahl 1958 beibehalten wird und Stimmverluste infolge der Wahlvorschriften nicht eintreten können.**

**3. Angesichts der drohenden Gefahren, die sich aus der Politik der Bundesrepublik ergeben, appelliert der Parteitag an die Parteien des Landtages, sich der Aufgabe einer Änderung der politischen Kräftebildung nicht zu verschließen und die notwendigen Folgerungen aus den Beschlüssen des Bundestages zur atomaren Aufrüstung zu ziehen.**

**4. Ein Friedensblock der freiheitlichen antikommunistischen Parteien sollte unter Zurückstellung parteipolitischer und parteitaktischer Fragen dafür kämpfen, daß die Deutschen weder aus russischer noch aus amerikanischer Hand Atomwaffen zu nehmen brauchen.“**

Dem Vorstoß des Rendsburger Parteitages war jedoch weder auf der Landes- noch der Bundesebene ein Erfolg beschieden. —

### Die CDU will Sozialpolitik stoppen

Die CDU hatte ihren Wahlkampf durch den Ministerpräsidenten von Hassel etwas früher als wir eröffnet.

Drei Ziele hatte sich die CDU anläßlich dieser Landtagswahl gesteckt. Sie wollte nicht nur ihre bei der Bundestagswahl vor einem Jahr in Schleswig-Holstein erreichte Mehrheit von Stimmen und Mandaten verteidigen, sondern darüber hinaus vorstoßen und in den Wahlkreisen Überhangmandate gewinnen. Ihr ausgesprochenes Ziel war ferner, einen Einbruch in die traditionell in der Mehrheit sozialdemokratisch wählende Industriearbeiterschaft zu erreichen.

Wohl hat die CDU am Wahltag Mandate und Stimmengewinn auf Kosten ihrer bisherigen Koalitionspartner erzielt. Aber sie erreichte keines ihrer drei Wahlziele. Auch der nicht zufällig auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes stattfindende **Bundesparteitag der CDU**, von dem aus das Land mit Adenauer und der übrigen CDU-Prominenz überschwemmt wurde, vermochte daran nichts zu ändern. Auf diesem Bundesparteitag hielt der Bundestagspräsident Gerstenmaier ein Grundsatzreferat, in dem er laut und vernehmlich erklärte:

„Ich sage noch einmal, was ich vor dem Parteitag in Hamburg letztes Jahr gesagt habe, daß wir in allem Wesentlichen **die Grenzen des sozialen Rechtsstaates erreicht haben**. Wir haben keinen großen Spielraum mehr. Treten wir über ihn hinaus, so besteht die Gefahr, daß wir kopfüber in das Gesellschaftskonzept des modernen Sozialismus stürzen.“

Also Schluß mit dem weiteren Ausbau der Bundesrepublik zu einem sozialen Rechtsstaat! Das ist jetzt die offen ausgesprochene Parole der CDU. Die heimliche Parole des Unternehmerflügels der CDU war sie schon immer. Daß diese Erklärung jetzt von Gerstenmaier offen ausgesprochen wurde, einem Mann, der bestimmt nicht dem reaktionären Flügel der CDU hinzugerechnet werden kann, zeigt den Wandel der CDU vom Ahlener Programm bis zum Stopp der Sozialpolitik. —

### Wahlkongreß in Neumünster

Den Landtagswahlkampf eröffnete die Partei am 31. August 1958 mit einem Wahlkongreß in Neumünster.

Nach Begrüßungsworten unseres Bezirksvorsitzenden Walter Damm und unseres Stadtpräsidenten von Neumünster, Max Johansen, verkündete und erläuterte Wilhelm Käber als Spitzenkandidat das Wahlprogramm der Partei. Der niedersächsische Minister Albert Höft sprach über „Heimatver-



triebene und die Sozialdemokratie“ und unsere Landtagsabgeordnete Anne Brodersen über „die Frauen entscheiden“. Zum Höhepunkt des Wahlkongresses wurde das Referat Herbert Wehners, der vom Beifall umbrandet in meisterhaften Formulierungen die Partei zum Kampf aufrief.

Den Landtagswahlkampf führte die Partei mit ganzer Kraft und tatkräftiger Unterstützung der meisten Parteigliederungen.

Die Propaganda unserer Partei im Wahlkampf wird an anderer Stelle dieses Berichtes geschildert.

Über das Ergebnis der Landtagswahl vom 28. September 1958 berichten die nachstehenden Tabellen.

\*

### Stimmen der SPD in Schleswig-Holstein seit 1950

Landtagswahl	1950	360 233 Stimmen	27,5 %
Bundestagswahl	1953	361 264 Stimmen	26,7 %
Landtagswahl	1954	396 073 Stimmen	33,2 %
Bundestagswahl	1957	404 595 Stimmen	30,8 %
Landtagswahl	1958	437 027 Stimmen	35,9 %

### Die sozialdemokratischen Abgeordneten nach der Wahl vom 28. 9. 1958

1. Heinz Adler	Oldenburg/H., Mühlenkamp 41
2. Rudolf Basedau	Geesthacht, Hegebergstraße 3
3. Julius Bredenbeck	Kiel, Lütjenburger Straße 14
4. Anne Brodersen	Kiel-Wik, Achterkamp 65
5. Paul Bromme	Lübeck, Hanseplatz 5
6. Walter Damm	Appen/Etz
7. Hermann Engels	Kiel, Spichernstraße 2
8. Heinrich Fischer	Itzehoe, Sandberg 18—20
9. Hermann Franck	Mölln, Höhenweg
10. Otto Gramcko	Ahrensburg, Immanuel-Kant-Straße 25
11. Dethlef Haase	Kellinghusen, Lornsenstraße 23
12. Erich Hagenah	Pinneberg, Fahltskamp 50 I
13. Wilhelm Käber	Kiel, Sternwartenweg 13
14. Eugen Lechner	Neumünster, Boostedter Straße 47
15. Dr. Elly Linden	Lübeck, Goethestraße 10
16. Walter Lurgenstein	Husum, Kuhsteig 6
17. Hermann Meyn	Harksheide, Kreis Stormarn, Wilstedter Moorweg
18. Erwin Riegel	Lübeck, Mühlenbrücke 3
19. Hans Schröder	Kiel, Hegelstraße 27
20. Kurt Schulz	Eckernförde, Sehestedter Landstraße 57
21. Hermann Schwieger	Marne, Bürgermeister-Stöfens-Straße
22. Heinrich Sellmann	Elmshorn, Schulstraße 58
23. Kurt Semprich	Ratekau, Kreis Eutin, Bürgermeisterhaus
24. Wilhelm Siegel	Schmalenbek, Bei den rauhen Bergen 23
25. Jochen Steffen	Flensburg/Rude, Lundweg 1
26. Gerhard Strack	Kiel, Niebuhrstraße 14



## Landtagswahl 1958 — Ergebnisse nach Wahlkreisen

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Wahlkreise	SPD	CDU	GB/BHE	FDP	SSW	DRP	BdD	DP
1. Flensburg-West . . . . .	6 018	10 127	1 370	859	9 142	207	183	646
2. Flensburg-Ost . . . . .	6 342	11 593	1 556	1 005	7 337	326	141	887
3. Flensburg-Land . . . . .	5 245	13 816	2 224	894	3 154	505	106	1 918
4. Südtondern . . . . .	4 966	11 270	1 443	1 494	2 697	191	80	428
5. Husum-Land . . . . .	4 794	13 187	1 841	1 120	1 789	311	61	1 869
6. Husum-Eiderstedt . . . . .	7 767	10 139	1 205	1 247	2 486	374	84	1 541
7. Schleswig . . . . .	5 500	12 804	2 212	1 540	3 035	605	66	575
8. Südtangeln-Schwansen . . . . .	5 781	12 386	2 286	1 211	1 827	331	66	755
9. Eckernförde . . . . .	8 785	11 522	1 973	1 372	1 361	120	60	657
10. Norderdithmarschen . . . . .	8 922	14 028	2 159	1 630	—	529	100	1 171
11. Süderdithmarschen . . . . .	8 727	14 300	1 406	1 308	—	724	121	1 530
12. Rendsburg-West . . . . .	5 603	14 302	1 883	1 347	257	317	168	1 053
13. Rendsburg-Nord . . . . .	10 333	11 250	2 189	1 743	780	220	106	849
14. Rendsburg-Ost . . . . .	10 083	13 153	1 978	1 759	—	275	109	472
15. Steinburg-Süderdithmarschen . . . . .	9 548	12 230	2 132	2 060	—	313	179	1 478
16. Steinburg-Ost . . . . .	11 798	11 706	2 860	2 369	—	316	142	1 324
17. Steinburg-Süd . . . . .	12 056	12 185	2 134	1 517	—	295	157	1 061
18. Elmshorn . . . . .	15 002	12 423	1 887	1 471	—	181	293	893
19. Pinneberg-Elbmarschen . . . . .	15 866	14 334	2 124	2 317	—	—	115	867
20. Pinneberg-Ost . . . . .	13 520	12 921	2 573	1 827	—	—	198	650
21. Segeberg-Süd . . . . .	7 195	12 283	2 767	3 770	—	243	149	574
22. Segeberg-Nord . . . . .	9 288	12 980	2 511	2 099	—	212	107	636
23. Neumünster . . . . .	15 052	14 707	1 347	1 431	—	—	158	613
24. Kiel-Nord . . . . .	11 995	12 486	802	1 243	271	—	206	245
25. Kiel-Mitte . . . . .	10 850	18 263	807	2 820	—	325	206	245
26. Kiel-West . . . . .	12 645	12 872	484	1 577	—	461	279	473
27. Kiel-Süd . . . . .	13 910	10 379	549	1 036	—	282	308	303
28. Kiel-Ost . . . . .	17 682	10 323	761	997	—	215	155	211
29. Plön-Nord . . . . .	12 923	13 601	2 337	839	—	181	244	272
30. Plön-Süd . . . . .	11 892	15 361	2 616	1 286	—	396	115	635
31. Oldenburg . . . . .	9 631	11 353	2 769	1 221	—	370	119	396
32. Eutin-Nord . . . . .	9 790	12 527	3 165	1 083	—	375	73	851
33. Eutin-Süd . . . . .	10 828	13 163	4 754	956	—	226	97	1 029
34. Lübeck-Travemünde . . . . .	13 453	13 268	2 394	1 051	—	203	126	1 043
						311	121	573
Schleswig-Holstein . . . . .	436 966	540 774	84 262	65 140	34 136	12 950	6 037	33 994

35. Lübeck-Nord . . . . .	14 394	12 875	1 757	1 379	—	367	190	767
36. Lübeck-Mitte . . . . .	10 818	12 812	1 373	1 497	—	374	143	877
37. Lübeck-Süd . . . . .	10 594	15 020	1 847	2 066	—	404	161	1 081
38. Stormarn-Nord . . . . .	10 524	12 606	2 389	2 308	—	—	165	397
39. Stormarn-Süd . . . . .	13 136	11 818	2 740	2 562	—	273	198	501
40. Lauenburg-Nord . . . . .	9 222	14 355	1 962	1 044	—	604	93	843
41. Lauenburg-Süd . . . . .	11 859	13 786	2 127	1 254	—	702	67	507
42. Lauenburg-Stormarn . . . . .	12 629	14 260	2 569	1 531	—	286	228	543
Schleswig-Holstein . . . . .	436 966	540 774	84 262	65 140	34 136	12 950	6 037	33 994

## Wahlergebnisse in Landkreisen und kreisfreien Städten

Von den gültigen Stimmen entfielen auf

Kreisfreie Städte und Landkreise	Von den gültigen Stimmen entfielen auf					Partei-lose		
	SPD	CDU	GB/BHE	FDP	SSW	DRP	BdD	DP
Flensburg . . . . .	11 590	19 763	2 560	1 718	15 744	449	311	1 323
Kiel . . . . .	67 082	64 323	3 403	7 673	271	1 464	1 192	1 504
Lübeck . . . . .	51 885	56 786	7 724	6 177	—	1 557	647	3 389
Neumünster . . . . .	18 587	17 717	1 574	1 772	—	35	186	710
Eckernförde . . . . .	10 958	15 175	2 821	1 631	1 664	199	85	866
Eiderstedt . . . . .	2 450	3 717	408	515	1 251	200	29	695
Eutin . . . . .	17 343	21 671	7 156	1 840	—	348	192	1 685
Flensburg-Land . . . . .	6 015	15 773	2 590	1 040	3 889	589	119	2 128
Hzgt. Lauenburg . . . . .	26 555	34 897	5 522	2 920	—	1 394	286	1 640
Husum . . . . .	8 472	14 433	1 982	1 243	1 994	378	93	2 157
Norderdithmarschen . . . . .	9 430	15 801	2 262	1 714	—	590	105	1 256
Oldenburg (Holstein) . . . . .	14 818	17 341	3 710	1 497	—	537	115	1 413
Pinneberg . . . . .	46 570	43 125	7 284	6 073	—	223	665	2 698
Plön . . . . .	22 903	26 993	4 775	2 048	—	685	223	856
Rendsburg . . . . .	26 019	38 705	6 050	4 849	1 037	812	383	2 374
Schleswig . . . . .	10 292	25 047	4 236	2 969	5 185	932	126	1 507
Segeberg . . . . .	12 948	22 263	5 051	5 528	—	420	228	1 113
Steinburg . . . . .	26 019	27 135	5 743	4 810	—	730	346	2 927
Stormarn . . . . .	28 189	29 117	5 912	5 595	—	370	433	1 060
Süderdithmarschen . . . . .	13 420	18 066	1 986	1 902	—	815	189	2 093
Südtondern . . . . .	5 421	12 936	1 513	1 626	3 101	223	84	600
Schleswig-Holstein . . . . .	436 966	540 774	84 262	65 140	34 136	12 950	6 037	33 994
								2 756



## Wahlergebnisse in den Gemeindegrößenklassen

Von den gültigen Stimmen entfielen auf

Gemeindegrößenklassen	SPD	CDU	GB/BHE	FDP	SSW	DRP	DP
unter 1 000 Einwohner . . . . .	59 863 26,2 %	120 856 52,8 %	16 657 7,3 %	11 386 5,0 %	5 953 2,6 %	3 589 1,6 %	9 516 4,2 %
mit mehr als 1 000 bis 2 000 Einwohner . . . . .	34 326 32,6 %	48 248 45,9 %	9 883 9,4 %	5 234 5,0 %	2 111 2,0 %	1 242 1,2 %	3 670 3,5 %
mit mehr als 2 000 bis 5 000 Einwohner . . . . .	44 015 35,8 %	52 253 42,6 %	10 739 8,7 %	6 918 5,6 %	3 217 2,6 %	1 334 1,1 %	3 623 3,0 %
mit mehr als 5 000 bis 10 000 Einwohner . . . . .	58 349 37,9 %	63 630 41,4 %	14 595 9,5 %	9 526 6,2 %	1 655 1,1 %	1 142 0,7 %	3 970 2,6 %
mit mehr als 10 000 bis 25 000 Einwohner . . . . .	58 720 39,4 %	62 418 41,9 %	10 942 7,3 %	8 793 5,9 %	2 164 1,5 %	1 207 0,8 %	3 678 2,5 %
mit mehr als 25 000 bis 50 000 Einwohner . . . . .	32 549 37,6 %	34 780 40,1 %	6 185 7,1 %	5 943 6,9 %	3 021 3,5 %	931 1,1 %	2 611 3,0 %
mit mehr als 50 000 Einwohner . . . . .	149 144 40,2 %	158 589 42,8 %	15 261 4,1 %	17 340 4,7 %	16 015 4,3 %	3 505 0,9 %	6 926 1,9 %
insgesamt . . . . .	436 966 35,9 %	540 774 44,4 %	84 262 6,9 %	65 140 5,4 %	34 136 2,8 %	12 950 1,1 %	33 994 2,8 %

## Wähler nach Altersgruppen und Geschlecht

Auch bei dieser Landtagswahl wurde wie bei früheren Wahlen in einer Reihe von ausgesuchten Stimmbezirken sowohl nach Altersgruppen wie nach Geschlecht gewählt, um nach dieser **repräsentativen Methode** ein Bild zu bekommen, wie Männer und Frauen in den einzelnen Altersklassen wählen.

Ein **Vergleich** zwischen 1954 und 1958 ergibt das folgende Bild:

	SPD	CDU	BHE	FDP	SSW	SHB/DP	DRP	BdD	KPD	übrige
<b>Männer</b>	1954 33,9	29,7	12,6	7,5	4,2	6,5	—	—	3,2	2,4
darunter	1958 39,6	40,2	6,0	6,0	2,8	3,3	1,3	0,5	—	0,3
21 bis 30 Jahre	1954 35,4	31,9	8,5	6,6	4,4	7,6	—	—	3,5	2,0
21 bis 30 Jahre	1958 41,8	41,1	3,8	6,0	3,3	2,5	1,1	0,2	—	0,2
30 bis 60 Jahre	1954 34,0	28,2	12,9	8,5	3,8	6,3	—	—	3,6	2,7
30 bis 60 Jahre	1958 40,7	38,7	5,7	6,5	2,5	3,3	1,6	0,5	—	0,4
60 Jahre und älter	1954 33,0	31,7	13,9	5,9	5,0	6,3	—	—	2,2	2,0
60 Jahre und älter	1958 35,8	42,6	7,8	5,1	3,2	3,8	1,0	0,5	—	0,2
<b>Frauen</b>	1954 30,0	34,5	14,2	6,7	4,5	5,7	—	—	1,9	2,5
darunter	1958 33,4	47,4	7,0	5,1	2,9	2,6	1,0	0,4	—	0,2
21 bis 30 Jahre	1954 31,6	35,7	11,4	6,1	4,2	6,6	—	—	1,9	2,6
21 bis 30 Jahre	1958 38,2	45,9	4,9	4,9	2,9	2,0	0,8	0,3	—	0,1
30 bis 60 Jahre	1954 30,4	33,0	14,5	7,2	4,6	5,5	—	—	2,2	2,5
30 bis 60 Jahre	1958 33,6	46,3	7,0	5,6	3,0	2,7	1,1	0,5	—	0,2
60 Jahre und älter	1954 28,4	37,5	14,6	5,9	4,5	5,7	—	—	1,1	2,4
60 Jahre und älter	1958 30,3	50,5	8,1	4,3	2,8	2,7	0,7	0,5	—	0,1
insgesamt	1954 31,9	32,1	13,4	7,1	4,4	6,1	—	—	2,6	2,5
Männer u. Frauen	1958 36,2	44,1	6,5	5,5	3,0	3,0	1,1	0,5	—	0,1



## Organisationsschema des Bezirks Schleswig-Holstein

UB	Kreis	Flächen- größe in ha	Einwohner- zahl	Zahl der Mitglieder	Zahl der Ortsvereine
I	Flensburg-Stadt	4 965	94 076	531	1
	Flensburg-Land	98 017	61 484	195	17
II	Südtondern	84 924	58 688	332	11
	Husum	85 368	62 645	753	17
	Eiderstedt	33 946	19 702	244	9
	insgesamt	307 220	296 595	2055	54
III	Schleswig	105 768	98 900	625	22
	Eckernförde	78 140	66 565	924	36
	Rendsburg	151 604	155 462	1510	29
	insgesamt	335 512	320 927	3059	87
IV	Plön	118 147	107 321	2098	36
	Eutin	56 167	91 323	1730	18
	Oldenburg	83 771	76 870	690	25
	insgesamt	258 085	275 514	4518	79
V	Neumünster	3 537	72 472	1513	1
VI	Norderdithmarschen	60 458	59 640	595	14
	Süderdithmarschen	77 570	74 897	1017	21
	Steinburg	93 587	122 627	1976	32
	Pinneberg	69 419	194 270	4009	33
	insgesamt	301 034	451 434	7597	100
VII	Lauenburg	126 561	129 850	1777	41
	Stormarn	79 140	136 856	2138	50
	Segeberg	130 152	91 481	723	42
	insgesamt	335 853	358 187	4638	133
VIII	Lübeck	20 238	229 105	5574	1
IX	Kiel	6 548	266 039	8038	1

## Unsere Organisation

Die Vorbereitung und die Durchführung der Bundestags- und Landtagswahl nahm in der Berichtszeit die Kraft der Organisation so sehr in Anspruch, daß der Ausbau und die Festigung der Organisation allzustark in den Hintergrund trat.

Wohl ist die gelenkte und die auf Einzelinitiative beruhende **Umsiedlung** aus Schleswig-Holstein in andere Bundesländer auf ein Minimum abgesunken. Die Parteiorganisation in Schleswig-Holstein leidet aber noch immer unter den Spätfolgen der starken Umsiedlung in den früheren Jahren. Die nach 1945 nach Schleswig-Holstein verschlagenen Flüchtlinge waren in vielen Fällen die Gründer und führenden Funktionäre ihrer Ortsvereine. Wohl gelang es in der Regel bei ihrer Umsiedlung in andere Bundesländer für sie Ersatz als Vorsitzende, Kassierer usw. in ihrem Ortsverein zu finden. In manchen Fällen aber ließ die Aktivität der Nachfolger im Laufe der Jahre nach oder sie schieden wegen Krankheit, Alter oder Tod im Laufe der Zeit aus ihren Funktionen aus. Ihre Ortsvereine begannen zu „kümmern“, die Mitglieder wurden nicht mehr regelmäßig kassiert, das Versammlungsleben erlosch und schließlich zerbröckelte der Ortsverein. Der Versuch, durch Übernahme von Patenschaften durch andere Ortsvereine dem Verfall Einhalt zu gebieten, war oft wegen der Entfernungen nicht erfolgreich, in manchen Fällen auch nicht mit der nötigen Energie durchgeführt worden.

Während die CDU verzweifelte Anstrengungen macht, ihre Wählerpartei in eine Mitgliederpartei zu verwandeln, wird bei uns oft die **Bedeutung der Organisation** für unsere politische Arbeit nicht mehr so gewürdigt wie es früher der Fall war. Wir befinden uns in der Gefahr, die parlamentarische Arbeit auf allen Ebenen zu überschätzen und die organisatorische Arbeit zu vernachlässigen. Diese Gefahr sollte in allen Organisationsgliederungen erkannt und daraus die notwendigen Konsequenzen gezogen werden.

Auch an dieser Stelle soll der großen Zahl unserer männlichen und weiblichen Funktionäre herzlich gedankt werden für ihre mühevollen und opferreichen Arbeit im Dienste der Partei und ganz besonders der großen Zahl unserer Beitragskassierer, von deren unermüdlicher Arbeit für den Zusammenhalt der Organisation unendlich viel abhängt.

In der Berichtszeit gewannen wir in Schleswig-Holstein 2461 neue Mitglieder. Die berufliche und altersmäßige Gliederung der neuen Mitglieder zeigt folgendes Bild:

### a) Altersgliederung

Alter	1957	1958
unter 20 Jahren	6,1 %	7,6 %
21—25 Jahre	12,1 %	11,5 %
26—30 Jahre	9,7 %	11,2 %
31—40 Jahre	21,9 %	22,7 %
41—50 Jahre	23,9 %	19,3 %
51—60 Jahre	15,2 %	15,0 %
61—70 Jahre	8,7 %	9,8 %
über 70 Jahre	2,4 %	2,9 %

### b) Gliederung nach Berufen

	1957	1958
Arbeiter und Arbeiterinnen	49,2 %	48,3 %
Angestellte	12,2 %	11,8 %
Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst	5,1 %	5,5 %
Rentner	6,8 %	6,0 %
Selbständig Schaffende	3,2 %	4,4 %
Freie und geistige Berufe	2,9 %	2,7 %
Hausfrauen	20,6 %	21,3 %







## Arbeit in den Betrieben

Die Wahlen in der Berichtszeit haben bewiesen, daß die Sozialdemokratische Partei in der Industriearbeiterschaft einen sehr starken Anhang hat.

Trotzdem sollte nicht übersehen werden, daß in den Betrieben noch eine für uns unerschlossene starke **Reserve** liegt. Diese Reserve für uns zu mobilisieren, ist die Aufgabe unserer Arbeit in den Betrieben und ganz besonders die Arbeit unserer Betriebsgruppen. Diese Arbeit steckt immer noch in den Anfängen und muß erheblich ausgebaut werden.

In der Berichtszeit ist es gelungen, eine **soziale Arbeitsgemeinschaft Metall** in Schleswig-Holstein zu schaffen, zu der sämtliche in der IG Metall organisierten Sozialdemokraten gehören. Wir konnten uns bei den Wahlen stark auf die SAG stützen.

Bei den **Betriebsrätewahlen** haben sich unsere **Betriebsgruppen** in den größeren Betrieben aktiv eingeschaltet und auch beachtliche Erfolge erzielt.

Die Betriebsgruppen erhalten regelmäßig die vom Parteivorstand herausgegebene Betriebsgruppenzeitschrift „**Arbeit und Freiheit**“. Die Mitglieder der Betriebsräte, soweit uns ihre Anschriften bekannt sind, erhalten den ebenfalls vom Parteivorstand herausgegebenen **Betriebsrätebrief**.

Die Bearbeitung, vor allen Dingen der größeren und mittleren Betriebe, muß eine Daueraufgabe der Partei sein und darf nicht erst vor den Wahlkämpfen einsetzen.

## Die Finanzen

Über die Entwicklung der Finanzen und über die Herkunft und die Verwendung der Mittel, über den Umsatz an Beitragsmarken und die Entwicklung des Beitragsaufkommens geben die auf den folgenden Seiten abgedruckten Tabellen und Zusammenstellungen Rechenschaft.

In der Berichtszeit wurden die zur Verfügung stehenden Mittel unter Beachtung aller Gesichtspunkte der Zweckmäßigkeit und der Erzielung bestmöglicher Erfolge im Interesse der Gesamtpartei eingesetzt.

Die wichtigsten Zahlen aus dem Berichtszeitraum sind auf den Seiten 22 bis 31 verzeichnet

Abrechnungen der Ortsvereine  
Abrechnungen der Kreisvereine  
Abrechnungen der Bezirkskasse  
Beitragsleistung und Wertzeichenanteile  
Beitragsleistung und Beitragsaufkommen  
Prozentuale Anteile der verkauften Beitragsmarken.

Das ständige Bemühen, die Beitragseinnahmen zu erhöhen, hat 1957 trotz der unbefriedigenden Mitgliederentwicklung dazu geführt, daß gegenüber dem Jahre 1956 keine rückläufige Entwicklung eintrat. Im Jahre 1958 konnte darüber hinaus eine wenn auch nicht befriedigende Steigerung der Beitragseinnahmen erzielt werden.

Ein Vergleich zwischen dem zahlenmäßigen Anteil der verkauften Beitragsmarken bis 1,20 DM und über 1,20 DM zeigt, daß sich hier eine kleine wenn auch stetige Verschiebung zugunsten der höheren Werte bemerkbar macht.

Jahr	bis 1,20 DM	über 1,20 DM	üb. 1,20 DM in DM	= Erlös in %
1956	90,5 %	9,5 %	133 599,60 DM	31 %
1957	87,9 %	12,1 %	152 830,80 DM	37 %
1958	86,6 %	13,4 %	180 858,60 DM	49 %

Die wichtigste Aufgabe der vergangenen 2 Jahre war es, eine finanziell gesunde und einsatzbereite Bezirksorganisation zu schaffen, um den Anforderungen, die die Bundestags- und Landtagswahl stellten, zu erfüllen. Dem Einsatz und der Opferbereitschaft aller unserer Mitglieder ist es zu danken, daß dieses Ziel im wesentlichen erreicht wurde. Das kommende Wahljahr wird an alle Teile der Organisation neue hohe Anforderungen finanzieller Art stellen. Ihnen gerecht zu werden, muß die Aufgabe dieses Jahres sein.

Es wird daher weiterer ernster Anstrengungen bedürfen, neben der ständigen Werbung neuer Mitglieder die Angleichung der Beitragsleistung an die vom Parteitag beschlossenen Beitrags-Tabelle vorzunehmen. Dies wird wesentlich dazu beitragen, unsere Finanzkraft und somit auch die politische Wirkungsmöglichkeit zu verbessern.



## Ortsvereine 1957

Einnahmen	Ausgaben
Kassenbestand am 1. 1. 1957 . . . . .	33 642,74
Verkaufte Beitragsmarken . . . . .	417 462,90
Verkaufte Wahlfondsmarken . . . . .	53 641,50
Verkaufte Ortsvereinsmarken . . . . .	29 267,40
Neuaufnahmen . . . . .	912,35
Sammlungen und Spenden . . . . .	34 910,14
Veranstaltungen . . . . .	33 594,83
Materialvertrieb . . . . .	2 542,16
Sonstige Einnahmen . . . . .	21 765,88
627 739,90	627 739,90

## Ortsvereine 1958

Einnahmen	Ausgaben
Kassenbestand am 1. 1. 1958 . . . . .	37 165,34
Verkaufte Beitragsmarken . . . . .	462 033,—
Verkaufte Wahlfondsmarken . . . . .	20 057,50
Verkaufte Ortsvereinsmarken . . . . .	31 398,10
Neuaufnahmen . . . . .	684,95
Sammlungen und Spenden . . . . .	32 496,38
Veranstaltungen . . . . .	15 563,14
Materialvertrieb . . . . .	559,95
Sonstige Einnahmen . . . . .	30 570,26
630 528,62	630 528,62



Kreisvereine 1957

Einnahmen	Ausgaben
Kassenbestand am 1. Januar 1957 . . . . .	12 271,28
Finanzzuweisungen des Bezirks . . . . .	18 000,—
Für kommunalpolitische Schulung . . . . .	7 575,57
Sammlungen und Spenden . . . . .	11 594,21
Veranstaltungen . . . . .	1 240,45
Sonstige Einnahmen . . . . .	10 539,39
61 220,90	61 220,90
Anschaffungen — Inventar . . . . .	2 956,43
Agitation und Werbung . . . . .	1 282,65
Broschüren, Schriften, Zeitungen . . . . .	445,88
Versandkosten für Mitteilungsblatt . . . . .	207,80
Wahlkosten . . . . .	18 447,90
Veranstaltungen und Tagungen . . . . .	7 533,85
Kommunalpolitische Schulung . . . . .	3 315,61
Persönliche Verwaltungskosten . . . . .	350,—
Sächliche Verwaltungskosten . . . . .	4 926,31
Kraftfahrzeugkosten . . . . .	2 730,16
Sonstige Ausgaben . . . . .	2 515,54
Kassenbestand am 31. Dezember 1957 . . . . .	16 508,77



**Der Bezirkskursus in Cismar 1925**  
 wurde von Dr. Karl Renner, dem späteren Bundeskanzler Österreichs, geleitet. Unser Bild zeigt ihn in der Mitte der dritten Reihe von oben; in gleicher Reihe von rechts der vorletzte: Richard Hansen. Unter Renner sieht man Willi Verdieck, Bezirksvorsitzender von Schleswig-Holstein (†). In der zweiten Reihe von oben rechts der zweite: Der spätere Oberbürgermeister Lehmkuhl (Neumünster). Ganz links stehend Fritz Hansen, Itzehoe (†), und Paul Dölz



# Bilder

aus der Geschichte  
 der schleswig-holsteinischen  
 Sozialdemokratie

**Karl Legien**, Vorsitzender der freien Gewerkschaftsbewegung Deutschlands, langjähriger SPD-Reichstagsabgeordneter Kiels, geboren am 1. Dezember 1861, gestorben am 26. Dezember 1920.





**Vom Parteitag 1927 in Kiel**

Dieses Ausflugsbild zeigt in der Mitte Otto Eggerstedt (†), neben ihm Richard Hansen, vor ihm Willy Jatow, Plön (†). Links hinter Eggerstedt Max Schmidt, der spätere Stadtpräsident von Kiel (†).



**Auf dem Bezirksparteitag Kiel 1951**

Der Parteivorsitzende Dr. Kurt Schumacher (†) in Beratung mit Max Kukil (†), Andreas Gayk (†) und Paul Bromme, Lübeck.



**Dr. Kurt Schumacher**

spricht 1947 auf dem Wilhelmplatz in Kiel in einer öffentlichen Kundgebung der SPD.





**Willi Verdick,**  
Parteisekretär in Kiel, Bezirksvorsitzender der SPD, Bezirk Schleswig - Holstein, Provinzial- und Landtagsabgeordneter, geboren am 22. März 1883, als KZ-Häftling mit der „Cap Arcona“ untergegangen am 3. Mai 1945.



**Dr. Julius Leber,**  
Chefredakteur u. Reichstagsabgeordneter in Lübeck, geboren am 16. November 1891, hingerichtet am 5. Januar 1945.



**Otto Eggerstedt,**  
Parteisekretär u. Reichstagsabgeordneter in Kiel, dann Polizeipräsident von Altona, ermordet im KZ Esterwegen am 12. Oktober 1933.



**Max Richter,**  
Gewerkschaftssekretär in Neumünster, Landtags-, dann Reichstagsabgeordneter, geboren am 16. September 1891, als KZ-Häftling mit der „Cap Arcona“ untergegangen am 3. Mai 1945.

### Kreisvereine 1958

Einnahmen	Ausgaben
Kassenbestand am 1. Januar 1958 . . . . .	Anschaffungen — Inventar . . . . .
Finanzzuweisungen des Bezirks . . . . .	Agitation und Werbung . . . . .
Für kommunalpolitische Schulung . . . . .	Broschüren, Schriften, Zeitungen . . . . .
Sammlungen und Spenden . . . . .	Versandkosten für Mitteilungsblatt . . . . .
Veranstaltungen . . . . .	Wahlkosten . . . . .
Sonstige Einnahmen . . . . .	Veranstaltungen und Tagungen . . . . .
	Kommunalpolitische Schulung . . . . .
	Persönliche Verwaltungskosten . . . . .
	Sächliche Verwaltungskosten . . . . .
	Kraftfahrzeugkosten . . . . .
	Sonstige Ausgaben . . . . .
	Kassenbestand am 31. Dezember 1958 . . . . .
63 580,99	63 580,99



## Bezirkskasse 1957

Einnahmen		Ausgaben	
Kassenbestand am 1. Januar 1957 . . . . .	22 792,91	PV Bonn à Kto. Beitragsanteile u. ä. . . . .	87 836,95
Beiträge . . . . .	346 153,78	Finanzzuweisungen	
Sondermarken . . . . .	408,50	a) an 5 Unterbezirke . . . . .	49 100,—
Sammlungen und Spenden		b) an 19 Kreisvereine . . . . .	18 000,—
a) Bundestagsabgeordnete . . . . .	12 050,—	Agitation und Werbung . . . . .	14 337,54
b) Landtagsabg./Funktionstrg. . . . .	15 065,—	Mitteilungsblatt . . . . .	2 537,13
c) Sonderkto. Bundestagswahl . . . . .	68 530,70	Wahlen . . . . .	76 372,73
d) Sonstige Spenden . . . . .	6 441,—	Veranstaltungen	
Materialvertrieb		a) Parteitag Flensburg . . . . .	7 017,45
a) Abzeichen . . . . .	303,20	b) sonst. Veranstaltungen . . . . .	24,75
b) Büromaterial . . . . .	747,50	c) GEMA-Pauschale . . . . .	800,—
Veranstaltungen		Autobetriebskosten	
Parteitag Flensburg . . . . .	2 846,41	a) 3 Kfz.-Bezirk . . . . .	7 234,82
Anzeigenerlöse Mitteilungsblatt . . . . .	5 218,50	b) 7 VW-Unterbezirke . . . . .	7 554,53
zweckgebundene Zuweisung Landesregierung	10 869,56	Personalkosten	
Sonstige Einnahmen . . . . .	20 143,36	Bezirk und UB-Sekretäre . . . . .	124 953,34
		Sächliche Verwaltungskosten . . . . .	22 501,10
		Reisekosten und Spesen . . . . .	4 749,52
		Anlagen . . . . .	36 080,84
		Kommunalpolitische Schulung Bezirk . . . . .	6 668,67
		Sonstige Ausgaben . . . . .	29 469,12
		Kassenbestand 31. 12. 1957 . . . . .	16 331,93
	511 570,42		511 570,42

## Bezirkskasse 1958

Einnahmen		Ausgaben	
Kassenbestand 1. 1. 1958 . . . . .	16 331,93	PV Bonn à Kto. Beitragsanteile u. ä. . . . .	55 899,93
Beiträge . . . . .	347 674,03	Finanzzuweisungen	
Sammlungen und Spenden		a) an 5 Unterbezirke . . . . .	51 000,—
a) Bundestagsabgeordnete . . . . .	13 500,—	b) an 19 Kreisvereine . . . . .	18 600,—
b) Landtagsabg./Funktionstrg. . . . .	9 495,—	Agitation und Werbung . . . . .	14 580,96
c) Sonderkto. Landtagswahl . . . . .	137 721,35	Mitteilungsblatt . . . . .	3 422,11
d) Sonderkto. Bundestagswahl . . . . .	300,—	Wahlen . . . . .	173 375,72
e) Sonstige Spenden . . . . .	13 490,—	Veranstaltungen	
Materialvertrieb		a) Parteitag Stuttgart . . . . .	1 847,17
a) Abzeichen . . . . .	167,90	b) Parteitag Rendsburg . . . . .	4 349,87
b) Büromaterial . . . . .	269,—	c) GEMA 1958 . . . . .	1 080,—
Veranstaltungen		d) Sonst. Veranstaltungen . . . . .	236,65
Parteitag Rendsburg . . . . .	2 617,25	Autobetriebskosten	
Anzeigenerlös Mitteilungsblatt . . . . .	5 582,49	a) 3 Kfz.-Bezirk . . . . .	6 404,24
zweckgebundene Zuweisung Landesregierg.	5 460,43	b) 5 VW-Unterbezirke . . . . .	4 021,12
Sonstige Einnahmen . . . . .	23 242,21	Personalkosten	
		Bezirk und UB-Sekretäre . . . . .	143 965,40
		Sächliche Verwaltungskosten . . . . .	20 862,52
		Reisekosten und Spesen . . . . .	5 782,45
		Anlagen . . . . .	4 941,60
		Kommunalpolitische Schulung Bezirk . . . . .	9 538,08
		Sonstige Ausgaben . . . . .	41 265,25
		Kassenbestand 31. 12. 1958 . . . . .	14 678,52
	575 851,59		575 851,59



### Beitragsleistung und Beitragsaufkommen

Kreisverein	mengenmäßig			wertmäßig je Mitglied			Beitragsaufkommen		
	1956	1957	1958	1956	1957	1958	1956	1957	1958
Husum	89 %	89 %	86 %	0,89	1,01	1,03	8 616,90	9 523,50	9 478,80
Eiderstedt	104 %	81 %	100 %	0,81	0,72	0,91	2 765,70	2 303,10	2 760,30
Flensburg-Land	92 %	81 %	82 %	0,67	0,69	0,73	1 876,80	1 773,90	1 782,30
Südtondern	90 %	68 %	77 %	0,99	0,73	0,93	4 023,—	2 852,10	3 711,—
Schleswig	90 %	83 %	93 %	0,78	0,82	1,05	7 171,40	7 096,80	8 124,—
Eckernförde	93 %	86 %	93 %	0,81	0,82	0,95	9 674,40	9 396,60	10 551,60
Rendsburg	92 %	89 %	105 %	0,84	0,90	1,13	16 545,—	17 340,90	20 741,40
Plön	91 %	89 %	95 %	0,86	0,89	1,—	23 216,—	23 801,70	25 605,60
Eutin	98 %	84 %	90 %	0,81	0,87	1,—	17 701,20	18 492,60	20 231,70
Oldenburg	83 %	76 %	80 %	0,70	0,67	0,81	6 168,—	5 740,20	6 757,20
Steinburg	84 %	82 %	85 %	0,77	0,78	0,87	20 493,20	20 030,70	21 175,50
Pinneberg	85 %	79 %	82 %	0,86	0,83	0,92	44 356,80	42 726,90	44 919,—
Süderdithm.	92 %	91 %	93 %	0,75	0,77	0,85	10 106,10	10 096,50	10 578,30
Norderdithm.	85 %	79 %	83 %	0,68	0,70	0,77	5 452,80	5 461,50	5 701,50
Stormarn	90 %	89 %	91 %	0,93	1,03	1,12	25 570,80	27 976,20	29 324,40
Lauenburg	95 %	84 %	94 %	0,98	0,95	1,13	22 944,30	21 640,20	24 656,10
Segeberg	86 %	81 %	98 %	0,67	0,67	0,88	6 921,90	6 806,40	7 113,90
Flensburg-Stadt	99 %	95 %	91 %	1,09	1,14	1,25	7 743,60	7 837,50	8 287,80
Kiel	94 %	87 %	88 %	0,98	0,94	1,15	98 372,40	93 174,30	111 724,20
Lübeck	88 %	88 %	92 %	0,83	0,91	0,99	59 266,20	63 675,30	67 212,60
Neumünster	85 %	88 %	95 %	0,96	1,04	1,18	19 060,50	19 716,—	21 595,80
Bezirk	90 %	86 %	91 %	0,87	0,89	1,03	418 047,—	417 462,90	462 033,—

### Beitragsleistung und Wertzeichenanteile

Quartal	Verkaufte Beitragsmarken			Bundeseinlöse			Bundeseinlöse Durchschnitt 1958
	1956	1957	1958	1956	1957	1958	
I	86 %	86 %	88 %	89,3 %	0,87	0,95	1,13
II	76 %	81 %	88 %	86,6 %	0,83	0,98	1,10
III	93 %	89 %	90 %	92,2 %	0,94	1,03	1,19
IV	105 %	86 %	99 %	106,9 %	0,92	1,15	1,38
Durchschnitt:	90 %	86 %	91 %	93,8 %	0,89	1,03	1,20

### Verkaufte Beitragsmarken

Beitragswerte	Verkaufte Beitragsmarken			Prozentuale Anteile		
	1956	1957	1958	1956	1957	1958
0,30	104 146	71 679	31 150	24,2 %	17,9 %	7,6 %
0,60	148 448	154 312	193 182	34,6 %	38,6 %	47,2 %
0,30 + 0,60	252 594	225 991	224 332	58,8 %	56,5 %	54,8 %
1,20	136 779	125 451	130 255	31,7 %	31,4 %	31,8 %
bis 1,20	389 373	351 442	354 587	90,5 %	87,9 %	86,6 %
1,80	14 260	19 956	22 726	3,3 %	5,0 %	5,5 %
2,40	16 625	16 378	17 873	3,7 %	4,1 %	4,4 %
3,60	5 681	6 214	7 550	1,3 %	1,6 %	1,8 %
6,—	2 840	2 977	3 724			
8,40	810	946	1 077			
12,—	800	985	1 320			
24,—	153	189	211			
30,—	74	84	74			
36,—	229	293	416			
Gesamt:	430 845	399 464	409 558	100,0 %	100,0 %	100,0 %



### Prozentuale Anteile der verkauften Beitragsmarken 1957

Kreisverein	1		2		1 + 2		3		4		5		6		7		4 - 7		1 - 7	
	-30	-60	-30 + -60	1,20	bis 1,20	1,80	2,40	3,60	6,- bis 36,-	über 1,20	Gesamt	100 %								
Husum	5,5	44,0	49,5	32,2	81,7	7,6	7,9	1,6	1,2	18,3										
Eiderstedt	10,0	51,4	61,4	31,3	92,7	2,9	3,5	0,9	—	7,3										
Südtondern	2,3	44,8	47,1	40,2	87,3	6,6	3,3	2,1	0,7	12,7										
Flensburg-Land	7,5	65,8	73,3	19,7	93,0	3,3	3,1	—	0,6	7,0										
Schleswig	13,9	53,2	67,1	23,7	90,8	3,9	2,3	1,1	1,9	9,2										
Eckernförde	13,8	50,3	64,1	26,9	91,0	4,4	2,4	0,8	1,4	9,0										
Rendsburg	13,2	44,5	57,7	30,1	87,8	5,2	3,7	1,9	1,4	12,2										
Plön	8,9	48,1	57,0	32,3	89,3	5,8	2,9	0,9	1,1	10,7										
Eutin	15,2	48,0	63,2	24,3	87,5	6,1	3,7	1,9	0,8	12,5										
Oldenburg	14,9	58,3	73,2	21,9	95,1	1,8	1,2	0,9	1,0	4,9										
Steinburg	17,3	40,3	57,6	32,9	90,5	4,2	3,4	1,1	0,8	9,5										
Pinneberg	8,5	41,6	50,1	39,6	89,7	2,8	5,3	1,3	0,9	10,3										
Süderdithm.	18,4	42,9	61,3	32,9	94,2	2,8	1,9	0,8	0,3	5,8										
Norderdithm.	10,3	56,7	67,0	24,6	91,6	2,8	3,8	1,7	0,1	8,4										
Stormarn	11,1	41,9	53,0	29,6	82,6	9,0	5,1	1,8	1,5	17,4										
Lauenburg	9,5	44,6	54,1	30,6	84,7	5,4	5,6	2,8	1,5	15,3										
Segeberg	12,6	51,8	64,4	29,4	93,8	3,9	1,8	0,4	0,1	6,2										
Flensburg-Stadt	18,8	36,6	55,4	26,0	81,4	7,4	6,8	2,5	1,9	18,6										
Neumünster	10,6	37,1	47,7	37,4	85,1	5,4	5,2	2,1	2,2	14,9										
Kiel	35,8	21,2	57,0	30,2	87,2	3,7	4,9	2,1	2,1	12,8										
Lübeck	18,3	37,9	56,2	31,9	88,1	7,1	2,6	1,0	1,2	11,9										
Bez.-Durchschn.:	17,9	38,6	56,5	31,4	87,9	5,0	4,1	1,6	1,4	12,1										

### Prozentuale Anteile der verkauften Beitragsmarken 1958

Kreisverein	1		2		1 + 2		3		4		5		6		7		4 - 7		1 - 7	
	-30	-60	-30 + -60	1,20	bis 1,20	1,80	2,40	3,60	6,- bis 36,-	über 1,20	Gesamt	100 %								
Husum	2,6	45,0	47,6	31,8	79,4	8,4	9,0	1,4	1,8	20,6										
Eiderstedt	5,3	53,7	59,0	33,4	92,4	2,9	3,8	0,9	—	7,6										
Südtondern	0,4	41,2	41,6	42,3	83,9	6,4	5,5	3,1	1,1	16,1										
Flensburg-Land	2,1	72,2	74,3	18,6	92,9	3,3	3,2	—	0,6	7,1										
Schleswig	5,6	57,9	63,5	24,8	88,3	4,6	3,3	1,4	2,4	11,7										
Eckernförde	3,6	57,7	61,3	28,9	90,2	5,0	2,0	1,2	1,6	9,8										
Rendsburg	4,9	50,3	55,2	31,0	86,2	6,2	4,3	2,1	1,2	13,8										
Plön	2,6	53,1	55,7	32,6	88,3	6,2	3,1	1,2	1,2	11,7										
Eutin	6,9	54,6	61,5	23,1	84,6	7,4	4,3	2,0	1,7	15,4										
Oldenburg	7,3	62,4	69,7	21,9	91,6	2,7	2,3	1,7	1,7	8,4										
Steinburg	7,5	47,1	54,6	34,3	88,9	4,9	4,0	1,1	1,1	11,1										
Pinneberg	3,0	47,0	50,0	38,8	88,8	3,5	4,9	1,4	1,4	11,2										
Süderdithmarschen	6,1	52,9	59,0	35,6	94,6	2,7	1,8	0,6	0,3	5,4										
Norderdithm.	4,1	59,6	63,7	27,2	90,9	2,9	3,5	2,5	0,2	9,1										
Stormarn	3,8	45,3	49,1	31,6	80,7	9,8	5,4	2,2	1,9	19,3										
Lauenburg	3,5	49,7	53,2	29,9	83,1	5,7	5,8	3,5	1,9	16,9										
Segeberg	5,0	56,8	61,8	30,6	92,4	4,4	2,2	0,8	0,2	7,6										
Flensburg-Stadt	9,4	44,4	53,8	26,2	80,0	7,7	6,8	3,2	2,3	20,0										
Neumünster	6,0	40,4	46,4	37,7	84,1	5,5	5,6	2,6	2,2	15,9										
Kiel	12,5	41,8	54,3	31,3	85,6	4,3	5,2	2,4	2,5	14,4										
Lübeck	10,5	45,1	55,6	31,4	87,0	7,5	2,8	1,3	1,4	13,0										
Bez.-Durchschn.:	7,6	47,2	54,8	31,8	86,6	5,5	4,4	1,8	1,7	13,4										



## Die Propaganda

In der Berichtszeit 1957/58 fanden zwei Wahlen statt: der Bundestagswahlkampf 1957 und der Landtagswahlkampf 1958.

### Der Bundestagswahlkampf 1957

Bis auf einige Ausnahmen ist das in diesem Wahlkampf verwendete Wahlmaterial vom Parteivorstand bezogen worden. Dadurch, daß das Referat Propaganda beim Parteivorstand bereits im Frühjahr 1957 sehr detaillierte Angaben über Art und Umfang des zentral herzustellenden Wahlmaterials machte, konnte vom Bezirk aus ebenso früh Klarheit darüber geschaffen werden, welches Material und in welchen Mengen es verwandt werden sollte. Diese frühzeitige Vorarbeit trug wesentlich zu einem guten Ablauf der gesamten Organisations- und Propagandaarbeit bei.

### Die politischen Aspekte

Auf dem Dortmunder SPD-Kongreß (16. Juni) wurde das **SPD-Wahlprogramm** verkündet. Aus diesem Programm wurden folgende 10 Punkte für die politische Richtung in der Propaganda entwickelt:

1. Frieden durch Abrüstung und Entspannung —  
Schluß mit der Wehrpflicht und dem Wettrüsten!
2. Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit —  
Schluß mit der Tatenlosigkeit!
3. Atomenergie nur zum Wohle der Menschheit —  
Schluß mit der Atombombenpolitik!
4. Stabile Währung und stabile Preise —  
Schluß mit der inflationistischen Preistreiberei!
5. Eigentum und Wohlstand für jedermann —  
Schluß mit der Bevorzugung der großen Vermögen!
6. Sicherung des freien Wettbewerbs —  
Schluß mit dem Machtmißbrauch der Kartelle!
7. Alter ohne Not —  
Schluß mit dem Wirrwarr in der Sozialpolitik!
8. Sicherung der Familie —  
Schluß vor allem mit der Wohnungsnot!
9. Gleiche Bildungs- und Berufsmöglichkeiten für alle —  
Schluß mit der Schul- und Hochschulnot!
10. Schutz der Demokratie und der Geistesfreiheit —  
Schluß mit der Alleinherrschaft der CDU/CSU!

### Der Materialaufwand

Der Bezirk lieferte an die Unterbezirke, Kreise und Ortsvereine große Mengen von Wahlmaterial verschiedenster Art, u. a. Tausende von **Broschüren** für Referenten und Helfer, **Flugschriften** und Werbehefte verschiedener Art, Sonderdrucke des „**Vorwärts**“, zwei Ausgaben einer **Wahlzeitung** und einer **Illustrierten**. Es erfolgte eine **Postwurfsendung** an freie Berufe und alle Landwirte. In großen Mengen wurden **Wählerbriefe** und Stimmzettelmuster ins Land versandt. Ebenfalls in vielen Tausenden Exemplaren stellten wir Bild-, Schrift-, Symbol-, Kandidaten- und Einladungs**plakate** zur Verfügung.

### Technischer Einsatz

Von Wahl zu Wahl nimmt die Verwendung technischer Mittel zu. Von einer Wahl zur anderen steht immer wieder die Frage im Raum, ob der technische Einsatz mit seinen verhältnismäßig hohen Kosten weiter ausgebaut werden soll.

Hier gelten Gesetze, wie sie weitgehend von der Wirtschaftswerbung entwickelt wurden. Entscheidende Bedeutung für das eigene Planen hat das Verhalten des politischen Gegners hinsichtlich solcher Werbemaßnahmen.

Im Bundestagswahlkampf 1957 haben wir technische Mittel in erheblichem Maße eingesetzt. So machten wir eine vierwöchige **Dia-Werbung** in 97 Lichtspieltheatern. Wir stellen zahlreiche Kopien folgender **Propagandafilme** zur Verfügung: „Handschlag mit Amerika“, „Denn in dieser Zeit...“, „Atom so oder so“, Spielfilme, kurze Zeichentrickfilme. Außerdem lieferten wir **Tonbildfolgen**, und zwar 16 verschiedene Programme. Wir stellten Lautsprecheranlagen, Filmgeräte, Bildwerfer, Tonbandgeräte usw. zur Verfügung.

### Sonstiges

Gelegentlich unserer Lautsprecherpropaganda wurden viele Tausend Fähnchen „Für eine frohe Jugend“ und Sonnenblenden an Kinder verteilt.

Der Bezirk verteilte Hunderte von Stellschildern für DIN A 0 und DIN A 1. Bei zentralen Plakataktionen in den Dörfern wurden von 12 Pkw an einem Wochenende 22 Touren gefahren. Die „Falken“ haben sich hierbei besonders betätigt.

In 10 Flugstunden nahmen wir vom **Flugzeug** aus eine Flugblattpropaganda besonderer Art vor.

### Hat die Arbeit gelohnt?

Da der Wahlausgang an anderer Stelle beleuchtet wird, kann nur auf die Propaganda selbst eingegangen werden. Auf die Frage „**Was wäre, wenn..?**“ gibt es keine Antwort. Alle Hinweise, es anders zu machen, beantworten nicht die Frage. Die politische Werbung kann die Wirtschaftswerbung nicht kopieren, sondern sich nur daran orientieren. Politik ist keine Ware. Propaganda ist nur ein Hilfsmittel. Die Wahlentscheidung wird immer von der **Politik** bestimmt.

### Der Landtagswahlkampf 1958

Die Auswertung der Bundestagswahlergebnisse von 1957 ergab eine Anzahl wertvoller Anregungen für die Führung des Landtagswahlkampfes. Im Gegensatz zur Bundestagswahl mußte bei der Landtagswahl alles von seiten des Bezirks getan werden. Der Bezirksvorstand beschloß, zwei Mitglieder vollverantwortlich für die Gestaltung und Durchführung des Wahlkampfes einzusetzen. Der Wahlkampf sollte so wirkungsvoll wie nur möglich geführt werden. Das konnte nur geschehen, wenn finanzielle Mittel in einem Ausmaß verfügbar waren wie bisher nie zuvor. Die beiden Verantwortlichen waren sich einig, den Wahlkampf in mehreren Etappen durchzuführen.

### In drei Etappen

Die **1. Etappe** reichte vom Dezember 1957 bis zum Bezirksparteitag in Rendsburg April 1958 und umfaßte die **Vorwahlzeit**. In dieser Zeit hatte die Landtagsfraktion alle Kräfte zu mobilisieren. Es galt den politischen Beitrag in der Landespolitik herauszustellen; Abgeordnete und neue Kandidaten sollten auf Kreiskonferenzen und Mitgliederversammlungen die Landespolitik der SPD darstellen und verdeutlichen. In dieser Vorwahlzeit wurden unsere wesentlichen Formulierungen und Schlagzeilen ausgearbeitet, in denen unsere eigene Leistung, die Kritik an den Gegnern und die Umwandlung der „hohen Politik“ für die Anwendung im Wahlkampf zum Ausdruck kamen.

Die **2. Etappe** reichte vom Bezirksparteitag bis zum Beginn der Sommerferien. Auf dem Bezirksparteitag war durch die Entwicklung der Bundespolitik (Raketenbasen) die Landespolitik im engeren Sinne etwas zu kurz gekommen. Jetzt



wurde mit den organisatorischen Wahlvorbereitungen in den Orts- und Kreisvereinen begonnen. Die Kandidaten nutzten die Zeit, um sich bekannt zu machen. Dazu diente die Albert-Schweitzer-Broschüre, die ein Bild des Kandidaten enthielt.

Die **3. Etappe**, die Kampfzeit der letzten drei Wochen vor der Wahl, umfaßte die Verteilung von Material, das Plakatieren, die Wahlversammlungen, sonstige Veranstaltungen, unsere Aussendungen im Fernsehen, Rundfunk, in der Presse (Anzeigen) usw.

#### Das Wahlmaterial

In Auswertung des Bundestagswahlergebnisses bemühten wir uns, besonders die **Arbeiterschaft** anzusprechen. Vom November 1957 an wurde fast jeden Monat einmal morgens vor den **Großbetrieben** Kiels die „Debatte“ und anderes Material verteilt. Es erfolgte dann eine Ausdehnung der Aktion auf die Städte Lübeck, Neumünster und Flensburg, schließlich zuletzt auf alle Großbetriebe des Landes. Verteiler waren hauptsächlich Landtagsabgeordnete, Stadträte, Stadtverordnete, Kreistagsabgeordnete, Parteisekretäre und andere leitenden Funktionäre der Partei. Vor den Warenhäusern der großen Städte wurden zweimal auf Frauen abgestellte **Flugschriften** verteilt. Vom Bezirk wurden viele Tausende Exemplare von **Plakaten**, u. a. des blauweißroten Plakates, des Köpfe-Plakates, eines Wohnungsbauplakates, eines Plakates gegen klerikale Tendenzen sowie viele Tausende von Kandidaten-, Eindruck- und Einladungsplakaten in das Land geliefert.

Ferner kamen zur Versendung viele Tausende Exemplare der „Debatte“ Nr. 30, einer Sondernummer der „**Debatte**“ über schleswig-holsteinische Landespolitik, Broschüren und Zeitungen gegen die atomare Aufrüstung, eines Flugblattes „Die Frau zur Frau“, der **Illustrierten** A und B, von Wählerbriefen in 40 verschiedenen Ausführungen, außerdem auch Referentenmaterial.

In dreiwöchigem ständigem Einsatz waren **Propagandawagen** unterwegs und wurden Pkw, Filmgeräte, Tonbandgeräte, Bildwerfer, Lautsprecheranlagen, eine Tonbildfolge „Unser Land“, Spiel- und Propagandafilme zur Verfügung gestellt. Für die **Fernsendungen** ließen wir drei Filme herstellen, ein Interview mit Wählern, eine Vorstellung der vier leitenden SPD-Politiker Schleswig-Holsteins und ein Gespräch mit dem Berliner Oberbürgermeister Willy Brandt. In 174 Kinos führten wir eine **Dia-Werbung** (viermal die Woche) durch.

Außerdem ist zu erwähnen, daß zentral eine vierzehntägige **Plakatwerbung** in 1000 Gemeinden erfolgte, 75 000 Fähnchen ausgegeben und 1300 Stellschilder vom Bezirk z. T. verteilt, z. T. selbst aufgestellt wurden. In 15 Tageszeitungen gaben wir sieben verschiedene **Anzeigen**, zwei in einer Sportzeitung auf. Die „Kieler Nachrichten“ und das „Pinneberger Tageblatt“ verweigerten die Aufnahme unserer Zeitungsanzeigen. Den „Kieler Nachrichten“ antworteten wir in einem „**Extrablatt**“.

#### Eine EMNID-Untersuchung

Um zu einem Überblick über das politische Klima in Schleswig-Holstein zu kommen, war im Februar 1958 eine **EMNID-Untersuchung** durchgeführt worden, die wertvolle Aufschlüsse gab. Die von uns vorgesehene Wahlkampfparole „**Unser Land braucht Sozialdemokraten in der Regierung**“ wurde getestet. 77 % hielten es für gut, wenn Sozialdemokraten mit in der Regierung wären, 13 % wünschten es nicht und 10 % hatten keine Meinung.

Es wurde festgestellt, daß sich die Befragten am stärksten für 1. den Wohnungsbau, 2. das Schulwesen, 3. das Verkehrswesen und 4. für die Arbeitsplatzsicherung und -beschaffung interessierten. Unsere Propaganda stellte die **4 Probleme** in den Mittelpunkt.

Umstritten, aber nicht wirkungslos war der **Seehund Puggi**, mit dem wir den Wahlkampf durch Humor etwas auflockern wollten.

In den uns zugeteilten **9 UKW-Sendungen** sprachen Wilhelm Käber, Anne Brodersen, Eugen Lechner, Max Brauer, Paul Nevermann, Wilhelm Kaisen, August Zinn, Hinrich Kopf und Willy Brandt.

Die vorstehenden Angaben betreffen nur einen Ausschnitt unserer gesamten Tätigkeit zur Landtagswahl, zu der noch vieles andere kam.

Der SPD-Bezirk Hamburg Nord-West und die Landesorganisation Hamburg haben in den Kreisen um Hamburg eine außergewöhnliche Hilfe in der praktischen Wahlarbeit geleistet. Ihnen gilt unser besonderer **Dank**. Dankbar sind wir auch den Sekretären aus anderen Bezirken, die uns drei Wochen lang organisatorisch mitgeholfen haben.

Es ist zum Wahlkampf vom Bezirk, in den Unterbezirken, den Kreisen und Ortsvereinen eine Arbeit geleistet worden wie nie zuvor. Wenn man uns fragt, ob sich die Arbeit gelohnt hat, so kann die Antwort nicht anders lauten wie bei der Bundestagswahl. Ein nicht ausgesprochenes Ziel des Wahlkampfes wurde erreicht: die CDU errang nicht die von ihr angestrebte absolute Mehrheit. Wir haben wie bei den früheren Wahlen unseren Stimmanteil steigern können. Herzlicher Dank gebührt allen, die aktiv mitgearbeitet haben.



## Kommunales

Um die kommunalpolitische Arbeit zu beleben, sind vom Referat Kommunalpolitik in der Berichtszeit eine Reihe von **Hinweisen und Empfehlungen** an die Orts- und Kreisvereine gegeben worden. Es wurden u. a. versandt: Sonderdrucke über die Aufstellung der Haushaltspläne 1957 und 1958 (Runderlaß des Innenministers), Kommentierungen zu den Haushaltserlassen, kommunalpolitische Empfehlungen der Bergneustädter und der Malenter Arbeitskonferenz, Grundsätze zur kommunalen Gesundheitspflege.

Eine kommunalpolitische **Landeskonzferenz Oktober 1957** befaßte sich mit dem Themen „Das Springerurteil“ und „Land und Gemeinden“. Zwei Entschließungen kritisierten das Fehlen der Durchführungsbestimmungen zum Schulerhaltungs- und Schulverwaltungsgesetz, sowie die vom Innenminister getroffenen Maßnahmen im Falle Elmshorn. Nach der Veröffentlichung der Vorschläge des Innenministers zur Frage der Verwaltungsreform hielten wir eine kommunalpolitische **Landeskonzferenz im Dezember 1958** in Kiel ab; auf ihr sprachen Direktor Hermann **Schaub**, Kassel, über „Aufgaben und Erfahrungen über die Wirksamkeit der Landeswohlfahrtsverbände Hessen“ und Oberbürgermeister Dr. **H. Müthling**, Kiel, über „Die Vorschläge der Landesregierung und die Situation in Schleswig-Holstein“.

Der **kommunalpolitische Beirat** des Bezirkes beschäftigte sich in seinen Sitzungen u. a. mit dem Beamtenbesoldungsgesetz bei den Ämtern, dem Sparkassengesetz, dem Landesetat 1958, dem Thema „Landespolitik und Gemeinde aus dem Blickfeld der Regierungserklärung“, der kommunalen Schulungs- und Bildungsarbeit und dem Entwurf zum Gemeinde- und Kreiswahlgesetz.

Auf Anregung des Referats Kommunalpolitik haben in drei Unterbezirken unter Beteiligung von zehn Kreisen sogenannte **Arbeitskonferenzen** (Beginn jeweils Freitag, Ende Sonntag nachmittag) stattgefunden, die sich mit Kommunalpolitik, Organisations- und Propagandafragen befaßten und Arbeitsgrundlagen für den Kommunalwahlkampf 1959 erarbeiteten.

Auf kommunalpolitischen **Kreis- und Arbeitsgebietskonferenzen** sprachen Mitglieder des kommunalpolitischen Beirates u. a. über: Haushaltsfragen, Wohnungsbau, Gesundheitswesen, Fürsorge, Kommunales Verfassungsrecht usw. Eine vom Referat Kommunalpolitik herausgegebene Schrift „**Die Kommunale Selbstverwaltung im Spiegel des Haushaltsrechts**“ von Siegfried **Weisse**, Kiel, fand eine gute Aufnahme. Eine weitere Schrift „Fibel für Gemeindevertreter in den Landgemeinden“ ist in Vorbereitung.

Mit Genugtuung kann festgestellt werden, daß trotz der in die Berichtszeit fallenden Bundestags- und Landtagswahlkämpfe die kommunale Betätigung und, was besonders verdient hervorgehoben werden soll, die Teilnahme an der kommunalpolitischen Bildungsarbeit sich gegenüber den Vorjahren gesteigert hat.

Die nicht unwesentlichste Arbeit war die Mitarbeit an der Gestaltung des **neuen Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes**. Wenn es gelungen ist, gesetzliche Bestimmungen zu beseitigen, die die Entfaltungsmöglichkeit der Partei in der kommunalpolitischen Arbeit hemmten, so sollte dies der Anlaß sein, alle Kräfte zu mobilisieren, die dazu beitragen, daß der sozialdemokratische Einfluß in den kommunalen Vertretungen stärker wird, als er es bisher war.

## Unsere Frauenbewegung

Der Bezirk Schleswig-Holstein steht in bezug auf den **Frauenanteil** an der Mitgliederzahl (25,4 %) an dritter Stelle der Parteibezirke. Vor ihm stehen nur Berlin und Hamburg. In den Kreisvereinen unseres Bezirkes schwankt der Frauenanteil zwischen 13,2 und 31 %.

Wir haben in 17 Kreisvereinen **115 Frauengruppen**. In vier Kreisen (Flensburg-Land, Schleswig, Segeberg und Südtondern) bestehen keine besonderen Frauengruppen, obwohl es auch dort Frauen gibt, die Funktionen für die Partei ausüben und an größeren Frauenveranstaltungen des Bezirks teilnehmen.

Unsere Frauengruppen waren 1957/58 bemüht, ein **gutes Veranstaltungsleben** aufrechtzuerhalten. Dabei sind oft personelle, finanzielle und Raumschwierigkeiten, neuerdings auch die Ausbreitung des Fernsehens, hemmend gewesen. Noch immer ist es schwer, die überlasteten berufstätigen Frauen und die jungen Frauen, die kleine Kinder zu betreuen haben, zur regelmäßigen Teilnahme in unsere Veranstaltungen zu bringen, wenn sie auch zu entspannenden **Sonderveranstaltungen** (Sommerausflug, Adventsfeier u. a.) gern kommen.

Unsere **Frauengruppenleiterinnen** in Kreisen und Orten leisten oft schon zehn Jahre und länger ihre Arbeit und übernehmen ihr Amt immer wieder, weil sie die Fortdauer ihrer Gruppe sichern wollen. Sie wissen, was die Frauengruppe als stabiles Integrationselement des Parteilebens für die politische Schulung der Frauen, für die Gemeinschaftspflege, die Ausgestaltung allgemeiner Parteiveranstaltungen, die Kontaktpflege zu benachbarten Organisationen, die Betreuung von alten und kranken Genossen und für die Arbeit unter den Wählerinnen bedeutet. Die Genossinnen, die in öffentlichen Gremien, in benachbarten Organisationen (Gewerkschaften, AW, Falken usw.), in Verbrauchergemeinschaften, im Volkshochschulwesen, im Landesfrauenrat arbeiten oder Elternbeirätinnen, Schöffinnen und dergleichen sind, haben ihren Rückhalt in den Frauengruppen, aus denen sie zumeist auch hervorgewachsen sind.

Das **Frauensekretariat**, das im Zusammenwirken mit dem **Bezirksfrauenausschuß** die Frauenarbeit in Kreis- und Ortsvereinen betreut, bemühte sich in der Berichtszeit besonders, ihnen für die Gruppenveranstaltungen aller Art, besonders auch für Feiern (Vorfrühlingsfeier, Internationaler Frauentag, Adventsfeier u. a.), **Materialzusammenstellungen** einschließlich von Musteransprachen zuzustellen, sie ständig mit **Informationsmaterial** politischer Natur (insbesondere auch zum Thema Gleichberechtigung, zum Lebensmittelgesetz usw.), „Verbrauchernachrichten“ sowie **Schriften** (z. B. „Der neue Stil in der Frauenarbeit“, „Frauen machen Politik“, „Entwurf zum Grundsatzprogramm“) zu versehen.

Zur Weiterbildung und Schulung von Frauengruppenleiterinnen und sonstiger aktiver Genossinnen fanden mehrere **Bezirksfrauenkurse** in Rendsburg und Öschebüttel statt, die nicht nur Themen grundsätzlicher, geschichtlicher, aktuell-politischer Art arbeitgemeinschaftlich behandelten, sondern auch Feiergusaltung und Redeschulung einschlossen. Es wurde auch eine Reihe von Genossinnen zu Grundkursen oder Spezialkursen (Neue Formen der Gruppenarbeit) der Heimvolkshochschule Bergneustadt entsandt.

Informative und anregende Bedeutung hatten zwei zweitägige **kommunalpolitische Exkursionen**, an denen jedesmal ca. 50 kommunalpolitisch tätige Frauen aus dem ganzen Lande teilnahmen. Die erste am 13./14. Februar 1957 zeigte ihnen Lübeck als Zonengrenzstadt mit seinen alten und neuen kulturellen und sozialen Einrichtungen; die zweite Exkursion führte in die Landeshauptstadt Kiel, bei der neueste kommunale Einrichtungen unter sachkundiger Führung besichtigt wurden.

Die besonders herzlichen Verbindungen unserer Frauen zu den sozialdemokratischen Frauen **Dänemarks**, die in den Dienst gegenseitiger Unterrichtung gestellt werden, wurden u. a. auf einer deutsch-dänischen Tagung in **Hohenbuchen** bei Hamburg und durch Gruppenausflüge und gegenseitige Besuche über die Grenzen hinweg erneuert. Zu Ende Mai 1957 und 1958 fanden zahlreiche Veranstaltungen zum „**Internationalen Frauentag**“ statt; auswärtige Rednerinnen waren u. a. Annedore Leber (Berlin), Hanna Reuter (Berlin), Susi Miller (Bonn), Anni Mellies (Bonn). Es wurde hervorgehoben, daß **vor 50 Jahren**, auf dem Stuttgarter Sozialistenkongreß 1907, die internationale Zusammenarbeit



der Frauen und auch das gesetzliche Recht der deutschen Frauen zur Mitgliedschaft in Parteien und zur Teilnahme an politischen Veranstaltungen begann. Am 12. August 1957 wurde der **Bezirksfrauentag in Ahrensburg** (Kreis Stormarn) unter der Frage abgehalten: „Was können die Frauen zur Bundestagswahl tun?“ In öffentlicher Frauenkundgebung sprachen nachmittags Annemarie Renger, Anni Mellies und H. Ekstrand.

Unsere Frauengruppen beteiligten sich an Flugblattverbreitungen (u. a. der gegen die atomare Aufrüstung gerichteten Schrift „Für ihn...“) und anderen Wahlarbeiten zur Bundestagswahl 1957 sehr eifrig. Auch die beliebten **Sommerausflüge** der Frauengruppen wurden teilweise in den Dienst der Wahlpropaganda gestellt.

Zur **Landtagswahl 1958** verteilten die Frauen u. a. ein vom Frauensekretariat herausgegebenes bebildertes Wahlwerbeblatt „Die Frau zur Frau“ vor Betrieben, Geschäften und auf Märkten. Es wurden auch besondere Wahlveranstaltungen für Frauen durchgeführt, z. B. in Lübeck gutbesuchte Filmvorführungen mit kurzen Kandidatenreden, in Kiel eine von fast 3000 Frauen, davon 600 aus umliegenden Frauengruppen, besuchte Veranstaltung in der Ostseehalle mit Kandidatenansprachen, Modeschau, Gymnastikspielen, Volkstanzdarbietungen, Auftreten von Rundfunksängern usw., wobei Kieler Genossinnen die Bedienung mit Kaffee ehrenamtlich leisteten.

Eine **Konferenz der Kreisfrauenleiterinnen** am 23. Januar 1958 in Kiel besprach die Erfahrungen der Bundestagswahl 1957 und die davon abzuleitenden Erfordernisse zur Landtagswahl 1958, wobei Referate von Herta Gotthelf (Bonn), Anne Brodersen und Fr. Osterroth vorausgingen. Eine Reihe von Kreisfrauenkonferenzen während der beiden Jahre dienten zum großen Teil demselben Zweck. Zweimal halfen unsere Frauengruppen bei **Meinungsumfragen**, die eine veranstaltet von der SPD-Frauenzeitschrift „**Gleichheit**“ (deren Leserzahl in Schleswig-Holstein durch Werbeaktion mancher Gruppen bedeutend zunahm), die andere vom Landesfrauenrat, dessen 2. Vorsitzende nach wie vor Anne Brodersen, die Vorsitzende unseres Bezirksfrauenausschusses, ist.

Vor allem ist „**die menschliche Seite**“ an unserer Frauengruppenarbeit hervorzuheben, ihre gemeinschaftsbildende Kraft und ihre Fähigkeit zu spontanem Einsatz. Was vielerorts von unseren Frauengruppen, vor allem in Lübeck, zu Weihnachten für alte Leute getan wird, zeigt, daß ihnen Sozialismus **Dienst am Menschen** ist.

## Die Jungsozialisten

Im April 1957 entsandten zwölf Jungsozialistengruppen Vertreter zur Landeskonferenz in **Ratzeburg**. In den Vorstand wählte man Heinz Nestler (Lübeck) zum Vorsitzenden, Robert Rehm (Pinneberg) zum Stellvertreter, Hilde Bartels (Lübeck) zur Schriftführerin, Rolf Renger (Kiel) für die Arbeit des Ringes politischer Jugend; dazu fünf weitere Beisitzer. Es fanden neun Vorstandssitzungen in der Berichtszeit statt, außerdem drei Arbeitstagungen mit den Gruppen- und Kreissprechern.

Auf der ersten Arbeitstagung am 2. November 1957 in Kiel wurde berichtet, daß die Jungsozialisten zur Bundestagswahl 1957 eigene Streitgespräche, Jungwählerversammlungen und eine Musikrevue veranstaltet sowie Jungsozialisten-Flugblätter und eine eigene Wahlzeitung in Zehntausenden von Exemplaren verteilt hatten. Die Aussprache über Wahlerfahrungen und -konsequenzen wurde in einem schriftlichen Arbeitsergebnis für die Parteireformdebatte festgehalten. Es wurde die Verstärkung der Schulungs- und Bildungsarbeit beschlossen und durchgeführt. In einer weiteren Arbeitstagung in **Cismar** gab Diplom-Volkswirt Ludwig eine Einführung in volkswirtschaftliches Denken. Es wurde eine Entschließung gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr beschlossen.

In **Pinneberg** traf sich wiederum der Kreis der Kreis- und Gruppensprecher mit dem Landesvorstand, um in drei Tagen das Thema „Bundeswehr und SPD“ zu behandeln. Wir besichtigten den Fliegerhorst Uetersen und hatten Gelegenheit, die verschiedensten Ausbildungseinheiten zu besichtigen und Fragen zu stellen. In einer Schlußbesprechung im Beisein des Standortkommandanten und anderer Offiziere wurden neben personellen und militärischen auch politische Fragen erörtert.

In der Berichtszeit unternahmen die Jungsozialisten Schleswig-Holsteins zwei NATO-Paris-Fahrten, eine Fahrt zur Weltausstellung nach **Brüssel** und zwei Fahrten nach Berlin. Das **Berliner Programm** umfaßte eine Stadtrundfahrt durch Ost- und Westberlin, Empfänge im Bundeshaus von Berlin, bei einem Bezirksbürgermeister, beim Parteivorstand der SPD und bei einem Senator; Referate über die FDJ, die Schulverhältnisse der sowjetisch besetzten Zone und die Probleme der Wiedervereinigung; verschiedene Filme, u. a. über die Zone; Ausspracheabende mit SPD-Mitgliedern des Ostsektors, Besichtigungen und Theaterbesuche. An den Gräbern von Ernst Reuter und Otto Suhr legten wir Kränze nieder.

Bei unseren **Parisfahrten**, an denen jeweils 35 bis 40 Jungsozialisten unseres Landes teilnahmen, hatten wir Gelegenheit, unser politisches Wissen wesentlich zu erweitern. Wir wurden empfangen bei der NATO im Palais Chaillot, beim Hauptquartier Shape. Wir besichtigten das Pariser Rathaus und hatten eine Aussprache mit führenden französischen Sozialisten. Am Grabe von Otto Wels legten wir einen Kranz nieder.

Schleswig-Holsteins Jungsozialisten nahmen an **Seminaren** in Berlin, Rendsburg, Hustedt und Bergneustadt teil. Dort standen u. a. Jugendprobleme, Fragen der staatsbürgerlichen Bildung und der Wiedervereinigung zur Erörterung. Wir beschickten auch Lehrgänge in Bonn, Koblenz und Andernach. Die Teilnehmerkreise setzten sich aus Jungsozialisten und Offizieren der Bundeswehr zusammen. Manches Mißverständnis und Vorurteil konnte trotz der oft hervortretenden Gegensätze beseitigt werden.

Wir veranstalteten auch eine einwöchige **Rednerschulung**, ferner zwölf politische **Wochenendtagungen** der Kreise Flensburg, Kiel, Lauenburg, Lübeck, Neumünster, Oldenburg und Plön. Unsere beiden politischen **Laienkabarets** umrahmten oft diese Tagungen, spielten außerdem aber auch in Veranstaltungen der Partei und der uns benachbarten Organisationen. In mehr als 100 Presseartikeln berichteten die Zeitungen Schleswig-Holsteins über die jungsozialistischen Veranstaltungen. Selbst gaben wir seit 1957 vierteljährlich die „**Jungsozialistischen Mitteilungen**“ heraus.

Das Ergebnis dieser zweijährigen Tätigkeit, für die uns weniger Mittel als den Jungsozialisten anderer Bundesländer zur Verfügung standen, zeigte sich u. a. darin, daß wir heute in Schleswig-Holstein **über 30 aktive Jungsozialistengruppen** haben.

## Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer (ASL)

Im Bezirk bestehen drei Arbeitsgemeinschaften sozialdemokratischer Lehrer, die in regelmäßigen Zusammenkünften sich mit Fragen der Schule und Erziehung auseinandersetzen. Außerdem wirken im Lande viele sozialdemokratische Lehrer in der Parteiorganisation, in den Gewerkschaften, in der sozialistischen Jugendarbeit usw., die gelegentliche Zusendungen der ASL erhalten und an Landestagungen der ASL teilnehmen.

Die ASL Schleswig-Holstein nahm 1957 in Lübeck Stellung zum Besoldungsgesetz und bekam Gelegenheit, der Landtagsfraktion ihre Auffassung mündlich vorzutragen.



Auf der Landestagung der ASL am Himmelfahrtstag 1958 sprach man nach einem Bericht des Landtagsabgeordneten Wilhelm Siegel über die Kultur- und Schulpolitik der SPD in Schleswig-Holstein der Fraktion den Dank für ihr tatkräftiges Verständnis für die Lehrerforderungen und die Schulprobleme aus. Auf dieser Tagung wurde auch die Programmdiskussion in unserem Land mit einem Referat von Fr. Osterroth über „Die kultur- und erziehungspolitische Seite des Entwurfs zu einem Grundsatzprogramm der SPD“ eingeleitet.

Auf der Hauptversammlung der ASL im November 1958 in Nürnberg wurden von Rektor a. D. Hennig, Halstenbek, Forderungen der ASL des Kreises Pinneberg zum Ausbau des zweiten Bildungsweges begründet. Schulrat a. D. Joost, Lübeck, vertrat die ASL auf der Brüsseler Tagung der Internationalen Union sozialdemokratischer Lehrer.

Vor der ASL Lübeck, die der Landesvorsitzende Mittelschullehrer Fritz Kern, leitete und die ein besonders reiches Veranstaltungsleben entwickelte, sprach 1957 der damalige Bundesvorsitzende der ASL, Willi Henkel, Hannover, über aktuelle Kulturpolitik, während Ende 1948 das Bonner Parteivorstandsmitglied Willi Eichler zum „Plan Z“ und zu kulturpolitischen Programmfragen Stellung nahm.

Die ASL hofft, daß trotz Verkehrs- und Raumschwierigkeiten in noch mehr Unterbezirken der Partei Lehrer-Arbeitsgemeinschaften gebildet werden, so wie es die neuen Nürnberger ASL-Satzungen und der neue Bundesvorsitzende der ASL, Universitätsprofessor Dr. K. Becher, Mainz, MdB, anstreben.

### Arbeitsgemeinschaft ehemals politisch verfolgter Sozialdemokraten (AvS)

Durch die Verabschiedung des 2. Bundesentschädigungsgesetzes im Jahre 1956 wurde den Wiedergutmachungsberechtigten die Möglichkeit gegeben, bereits abgelehnte oder durch Urteil rechtskräftig gewordene Ansprüche erneut anzumelden. Die Folge davon war, daß eine größere Anzahl von Berechtigten von dieser Möglichkeit Gebrauch machte. Das bedeutete, daß das Entschädigungsamt alle die neu angemeldeten Ansprüche von vornherein aufrollen konnte, wenn der Geschädigte es wünschte. Über diese Frage entstanden in den verschiedenen Entschädigungsämtern Meinungsverschiedenheiten. Einige Gerichte waren der Meinung, die bereits ergangenen Entscheidungen müßten unter allen Umständen rechtskräftig bleiben. Der BGH entschied jedoch, daß bei Wiederaufnahme rechtskräftiger Vergleiche oder Urteile eine vollständige Neuaufrollung der ganzen Entschädigungsangelegenheit stattzufinden hat. Da mit Ausnahme derjenigen Fälle, die ganz abgelehnt waren, nur wenig Aussicht bestand, bessere Entschädigungsleistungen zu erlangen, hat die AvS in den meisten Fällen geraten, von einer Wiederaufnahme abzusehen, da wieder unendlich lange Zeit vergehen würde, ehe die Entscheidungen getroffen würden. Die Durchführungsverordnungen zum Gesetz vom Jahre 1956 lassen es zum Teil an Klarheit fehlen, so daß über die Auslegung der einzelnen Paragraphen nicht nur in den Entschädigungsämtern, sondern auch in den einzelnen Entschädigungskammern und sogar bei den Oberlandesgerichten ganz unterschiedliche Entscheidungen getroffen wurden. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die Zusammenarbeit zwischen der AvS und dem Landesentschädigungsamt gut ist. Selbstverständlich sind über die Auslegung der einzelnen Paragraphen Meinungsverschiedenheiten vorhanden, die man dann in Besprechungen mit dem Leiter des Entschädigungsamtes zu klären versucht.

Die Arbeitsgemeinschaft hat in Verbindung mit der Bundesleitung in Bonn an der Ausarbeitung der **Gesetze** und Durchführungsverordnungen mitgewirkt. Daraufhin hat sie durch **Aufklärung** im „Weckruf“ und in der Tagespresse und durch **Besprechungen in Einzelfällen** allen in Frage Kommenden, soweit es in ihren Kräften stand, Hilfe geleistet, teils durch die Leitung in Kiel, teils durch die Obleute in den einzelnen Kreisen. In besonders schwierigen Fällen hat sie durch Stellung eines Anwaltes darüber hinaus versucht, die Interessen der Ge-

schädigten wahrzunehmen. Das war natürlich nicht in allen Fällen möglich. Die Voraussetzung dafür war, daß unser Rechtsanwalt, Heinz Adler, durch vorherige Überprüfung die Sachlage geklärt hat.

Es besteht in Schleswig-Holstein eine Interessengemeinschaft der Geschädigtenverbände, bestehend aus der AvS, dem BVN, der Jüdischen Gemeinde und der Organisation der durch die Nürnberger Gesetze Geschädigten. Dieser Interessengemeinschaft ist es durch Erfahrungsaustausch und durch Besprechungen mit dem Leiter des Entschädigungsamtes in den meisten Fällen gelungen, Zweifelsfragen günstig zu erledigen. Wie der Leiter des Entschädigungsamtes mitteilte, werden für Schleswig-Holstein voraussichtlich im Herbst 1960 alle Ansprüche erledigt sein.

Unsere Arbeitsgemeinschaft beteiligte sich an verschiedenen Gedenkveranstaltungen, so am 13. 3. 1958 an der **Gedenkfeier** für den 25 Jahre zuvor, am 12. 3. 1933, ermordeten sozialdemokratischen Rechtsanwalt Wilhelm Spiegel; der Obmann der AvS, Richard Hansen, hielt am Grabe des Ermordeten die Gedenkrede. —

### Die Arbeiterwohlfahrt in Schleswig-Holstein

Die großen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen finden ihre tägliche Beachtung und Wertung. Aber es sollte nicht unerwähnt bleiben, daß es in Schleswig-Holstein allein an 1000 Helferinnen und Helfer gibt, die ehrenamtlich im Rahmen der Arbeiterwohlfahrt in den einzelnen Orten tätig sind; davon allein 260 Hauspflegerinnen, die wertvolle Hilfsarbeit in aller Stille leisten. Ihnen in diesem Bericht für ihre Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen Dank zu sagen, sollte nicht vergessen werden.

Die Arbeiterwohlfahrt in Schleswig-Holstein unterhält 7 Heime. In Keitum a. Sylt befindet sich ein Müttererholungsheim mit 50 Plätzen, ein Jugenderholungsheim für Mädchen mit 20 Plätzen und ein Altersheim mit 65 Plätzen. In Westerland a. Sylt befindet sich ein Kindererholungsheim mit 100 Plätzen und in Oeschebüttel, Kreis Steinburg, ein Kindererholungsheim mit 30 Plätzen. Im Ostseebad Kellenhusen wird ein Kindervollheim mit 120 Plätzen unterhalten. Die vorgenannten Heime sind Eigentum der Arbeiterwohlfahrt Schleswig-Holstein.

Als Pachtobjekte werden noch betrieben ein Kindererholungsheim in Niendorf/Ostsee mit 60 Plätzen und ein Heim im Rahmen der freiwilligen Erziehungshilfe in Pinneberg.

Von der Arbeiterwohlfahrt e. V. Lübeck wird ein Lehrlingswohnheim mit 65 Plätzen und ein Kindererholungsheim mit 100 Plätzen unterhalten.

Von 4 Ortsausschüssen im Lande wird ein Kindergarten betreut.

Im Jahre 1958 fanden in Keitum 536 Mütter im Müttererholungsheim Aufnahme. 112 Mütter wurden von uns nach Altenau/Oberharz, Bad Grund/Harz, Hützel/Krs. Soltau und Herzhausen am Edersee verschickt. Daneben lief auch eine Erholungsaktion für Männer im Rahmen der Erwachsenen-Erholung, die außerhalb Schleswig-Holsteins durchgeführt wurde.

Bei der Stadtranderholung wurden im Sommer 1958 von den Ortsausschüssen der Arbeiterwohlfahrt 6270 Kinder und bei der Erholungspflege für Kinder und Jugendliche in dreiwöchigen Kuren 400 Kinder und Jugendliche betreut.

Es wurden 32 Krebskranke verschickt und es darf abschließend gesagt werden, daß neben öffentlichen Mitteln, die für die Durchführung dieser Aufgaben zur Verfügung standen, die Arbeiterwohlfahrt einen beträchtlichen Zuschuß aus eigenen Mitteln geleistet hat.

Die Arbeiterwohlfahrt ist auf dem Wege zu einer strafferen Organisationsform. Die ihr gestellten Aufgaben kann sie nur erfüllen, wenn sie den Kreis ihrer Helferinnen und Helfer und den Kreis ihrer Förderer erweitern kann. Die Arbeiterwohlfahrt nicht im Verborgenen blühen zu lassen, sondern sie mit besten Kräften zu unterstützen, sollte ein Herzensanliegen aller unserer Freunde sein.



## Unsere Bildungsarbeit

Eine bedeutende Rolle in der Bildungsarbeit des Bezirks spielte in den Jahren 1957/58 die **Heimvolkshochschule Bergneustadt** der Friedrich-Ebert-Stiftung. In diesem schöngelegenen modernen Heim, das zwischen Köln und Hagen im Bergischen Land liegt, nahmen über 50 Parteimitglieder, darunter 15 Frauen, an Kursen von der Dauer einer Woche und länger teil. Die meisten besuchten den zehntägigen Grundkursus „Sozialismus — gestern und heute“, einige auch noch den Aufbaukursus „Ordnung und Freiheit“, andere spezielle Volkswirtschaftskurse. Genossen aus Betrieben beteiligten sich vor allem an Kursen mit den Themen „Geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus“ und „Mensch und Betrieb“. Wir entsandten außerdem berufstätige Frauen zu einem Sonderkursus für Betriebsarbeiterinnen und Frauenleiterinnen zu Kursen über „Die Frau im öffentlichen Leben“.

Zehn Genossen insgesamt benannten wir zur Teilnahme an „**Internationalen Seminaren**“ der Friedrich-Ebert-Stiftung bei den Vereinten Nationen und deren Sonderorganisationen in Genf, bei der Montanunion in Luxemburg und beim Europarat in Straßburg, bei der UNESCO und französischen Kulturinstitutionen in Paris sowie einem Österreich-Seminar. Sie werteten ihre Seminar-Reisen anschließend in der Bildungsarbeit der Partei, an Volkshochschulen usw. aus. An fünf mehrtägigen **Bezirkskursen** nahmen ca. 200 Genossinnen und Genossen teil. Behandelt wurden u. a. folgende Themen: „Die Vereinten Nationen — Aufbau und Wirksamkeit“, „Die unterentwickelten Länder und ihre Probleme“, „Die englische Arbeiterpartei und ihre Europapolitik“, „Nationalwirtschaft und Europawirtschaft“, „Grundtatsachen und Haupttendenzen der Weltpolitik“, „Meinungsbildung in der Demokratie“, „Bund, Land, Gemeinde“, „Kommunalpolitik in West und Ost“, „Gemeinde und Schule“, „Gemeinde und Erwachsenenbildung“, „Bundes- und Landespolitik“, „Parteientwicklung in der Demokratie“ usw. Es wurden Filme von Tonbandfolgen gezeigt, Besichtigungen unternommen, musische Veranstaltungen (Singabende, Hausmusik, Feiern) veranstaltet.

Nach der Bundestagswahl 1957 wurden im Bezirk Fragen der **Parteireform** an vielen Orten, in vielen Kreisen diskutiert. Seit dem Stuttgarter Parteitag 1958 bildet der „**Entwurf des Grundsatzprogrammes**“ den Gegenstand von eifrigen Erörterungen in Arbeitsgemeinschaften, Kreis- und Ortsvereinen, der sozialdemokratischen Lehrer, der Jungsozialisten, der Frauen. In mehreren Orten und Kreisen gründete man besondere Arbeitskreise, um sich mit dem Entwurf zu befassen und eventuell Abänderungsvorschläge zu Händen der Programmkommission in Bonn zu machen. In Lübeck und Kiel wurde die Programmdiskussion durch Vorträge von Willi Eichler (Bonn), dem Vorsitzenden der Programmkommission, eingeleitet.

Kleineren und größeren Funktionärskreisen sowie Teilnehmern von Kursen wurden in verschiedenen Zeitabständen **Sondernummern** von Zeitschriften („Parlament“, „Debatte“, „Kochelbrief“, „Geist und Tat“) und anderes Arbeitsmaterial zugesandt. An **Schriften** versandten wir u. a. die „Kleine Geschichte der Arbeiterschaft“ von Breuer, die „Chronik der sozialistischen Bewegung“, Broschüren mit Reden vom Stuttgarter Parteitag, den „Entwurf des Grundsatzprogramms der SPD“, das „Aktionsprogramm der SPD“, das Nachschlagebuch „Der Nationalsozialismus“, „Dokumente 1933—1945“, „Redekunst“ usw. Wir stellten auch Unterlagen für die Gestaltung von **Feiern** zur Verfügung.

Unser Bezirksmitteilungsblatt „**Der Weckruf**“ (Schleswig-Holstein-Post) wurde in den Dienst der politischen Bildungsarbeit gestellt, u. a. indem es vor der Landtagswahl 1958 mehrere Monate lang eine Sonderbeilage „**Spiegel der Landespolitik**“ brachte.

Noch stärker als in früheren Jahren nahmen Studenten, Oberschüler, Fach- und Fortbildungsschüler unser **Bezirksarchiv** für Doktor-, Examens- und Seminararbeiten in Anspruch. Wir entsprachen auch den oft geäußerten Wünschen von Studentengruppen, Verbindungen, Volkshochschulen, staatsbürgerlichen Arbeitskreisen und kirchlichen Jugendgruppen u. a. nach sozialdemokratischen Referenten, speziellen Publikationen der SPD zu bestimmten Fragen und Tonbandfolgen.



## Bericht der Landtagsfraktion 1957/58

Auch die vorige Wahlperiode 1954-1958 stand im Zeichen der ständigen und **konstruktiven Oppositionspolitik** für das Land Schleswig-Holstein. Wir hatten die Hoffnung, daß in der **Landtagswahl 1958** die Wähler unsere Arbeit durch ihre Stimmen belohnen würden, was jedoch in dem erwarteten Maße leider nicht eingetreten ist. Die Sitzverteilung im neuen Schleswig-Holsteinischen Landtag ist wie folgt:

- 33 CDU-Abgeordnete
- 26 SPD-Abgeordnete
- 5 BHE-Abgeordnete
- 3 FDP-Abgeordnete
- 2 SSW-Abgeordnete

Die Regierungsbildung 1958 erfolgte ohne Beteiligung der Sozialdemokraten. Wie bisher steht also die SPD-Fraktion im Landtag in der Opposition. Als **zweitstärkste Fraktion** ist sie hier mit 26 Abgeordneten vertreten, d. h. daß sie gegenüber der vorherigen Legislaturperiode um einen Abgeordneten zugenommen hat. 19 von unseren 26 Abgeordneten waren schon Mitglieder im letzten Landtag gewesen.

Die Sozialdemokraten haben in der Vergangenheit bewiesen, daß sie die Aufgabe der Opposition nicht darin sehen, die Arbeit der verantwortlichen Kräfte zu blockieren. Im Gegenteil, sie waren bemüht, entsprechend den Grundsätzen der SPD das Wohl des Landes nach besten Kräften zu fördern.

In seiner Antwort auf die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zum Abschluß der abgelaufenen Wahlperiode betonte der Fraktionsvorsitzende Wilhelm K ä b e r :

„Ich glaube, man kann es auf den kurzen Nenner bringen, daß die sozialdemokratische Opposition, besonders auch der letzten vier Jahre, **ein ständiger Motor** gewesen ist, der die Arbeit der Regierung und der Koalition durch ständiges Drängen aber auch durch konstruktive Anregungen befruchtet hat. Ich gehe nicht zu weit mit der Behauptung, daß fast alle Leistungen entweder auf **sozialdemokratische Anträge oder Anregungen** zurückgehen oder daß sie doch jedenfalls unverkennbare Merkmale eines konstruktiven Beitrags der Sozialdemokraten dieses Landtages tragen. Wir bekennen uns auch heute ausdrücklich zu dieser Verantwortung, die uns zu unserer Haltung, zu konstruktiver Arbeit im Landtag, veranlaßt hat. Wir kennen die Tragik einer konstruktiven Opposition, die die Erfolge oder die Ergebnisse nicht selber sichtbar machen kann. Auf deutsch: Wir wissen, daß wir der Regierung im Laufe dieser Zeit immer eine Feder nach der anderen an den Hut gesteckt haben“.

Zu den wesentlichsten Beiträgen der Opposition in der vergangenen Wahlperiode gehören u. a. die wiederholten Forderungen für die **Verbesserung des Länderfinanzausgleichs**, die Schaffung eines **zentralen Schulbaufonds**, eines **Turnhallenbaufonds** und eines **Krankenhausbaufonds**.

Die Fraktion war sich jedoch immer dessen bewußt, daß alle Forderungen nur dann einen Sinn haben, wenn dem Land die erforderlichen **Mittel** auch zur Verfügung stehen. Sie hat deswegen immer wieder die Meinung vertreten, daß **der Bund** in allen den Fällen eine finanzielle Unterstützung geben müsse, wo es sich um die Beseitigung echter Kriegsschäden und Kriegsfolgelasten handelt. Auf der anderen Seite ist sie jedoch auch dafür eingetreten, daß die **wirtschaftlichen Möglichkeiten** des Landes entwickelt und voll ausgeschöpft werden um eine möglichst weitgehende **finanzielle Unabhängigkeit** des Landes zu erreichen. Hierzu stellte Eugen L e c h n e r den Antrag, zur Untersuchung der wirtschaftlichen Möglich-

keiten des Landes und ihrer wahrscheinlichen Entwicklung eine **Studienkommission** zu bilden. Dieser Kommission sollen Vertreter der Wissenschaft, des Landtages, der wirtschaftlichen Verbände und der Verwaltung angehören. Die Aufgabe dieser Studienkommission soll die Informierung des Landtags und der Landesregierung über die Perspektiven der verschiedenen Wirtschaftszweige des Landes unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen des gemeinsamen Marktes sein.

Die Randlage Schleswig-Holsteins in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bedeutet für das Land eine erhöhte Belastung. Diese wurde Anfang dieses Jahres u. a. sichtbar, als die Bundesregierung ihre Absichten bekundete, die Preise für Importkohle zu erhöhen. Durch einen Dringlichkeitsantrag der sozialdemokratischen Fraktion wurde die Landesregierung aufgefordert, darüber zu berichten, welche Auswirkungen die Einführung des **Einfuhrzolls für Kohle** auf die schleswig-holsteinische Wirtschaft, insbesondere auf die Werften, haben wird. In der Aussprache wurde die Landesregierung auf ihre Verpflichtung hingewiesen, sich gemeinsam mit den anderen Küstenländern für die Interessen des Landes bei der Bundesregierung einzusetzen.

Die ungünstige Lage Schleswig-Holsteins innerhalb der EWG muß durch eine Reihe wirtschaftspolitischer, speziell verkehrstechnischer Maßnahmen ausgeglichen werden. Und hierzu muß der Bund zu seinem Teil beitragen. Darüber hinaus ist es jedoch notwendig, daß Schleswig-Holstein in den Stand gesetzt wird, die wichtige **Funktion einer Brücke** zwischen Nord- und Mitteleuropa und zwischen den Ländern des Ostsee- und des Nordseeraumes zu erfüllen. In diesem Zusammenhang hat die sozialdemokratische Fraktion im Kieler Landtag immer wieder auf die Notwendigkeit hingewiesen, den **Nordostseekanal** entsprechend auszubauen, die **Vogelfluglinie** als kürzeste Verbindung zwischen Mitteleuropa und Skandinavien einzurichten und den **Nordsüdkanal** zu bauen, der die Verbindung der Elbe mit dem übrigen Wasserstraßennetz der Bundesrepublik herstellen soll. Auch die Notwendigkeit, die **Häfen des Landes auszubauen** und dabei im Hinblick auf den Hafen Lübeck insbesondere die Trave zu vertiefen, ist immer wieder betont worden. Für den Verkehr im Lande selber steht die Forderung nach einem **Ausbau des Straßennetzes mit** an erster Stelle. In der Erkenntnis, daß gerade bei Baumaßnahmen die rechtzeitige Bereitstellung der Mittel ein wesentlicher Faktor ist, hat die sozialdemokratische Fraktion sich dafür eingesetzt, daß auch für den Straßenbau (wie schon vorher beim Wohnungsbau) das Land ermächtigt wird, die Finanzierung baureifer Maßnahmen auf dem Wege des **Vorgriffs auf spätere Haushalte** vorzunehmen. Auch die Gestaltung der Bundesbahntarife ist in diesem Zusammenhang wichtig. In mehreren großen Anfragen hat die Fraktion die Landesregierung auf dieses Problem aufmerksam gemacht und darauf hingewirkt, daß einer Erhöhung der Personen- und Personensozialtarife wie auch der Frachttarife mit Rücksicht auf die Sonderlage Schleswig-Holsteins entgegengetreten wird.

Ein dringendes Anliegen der sozialdemokratischen Fraktion ist ebenfalls immer die Sicherung der vorhandenen und die **Schaffung neuer Arbeitsplätze** gewesen. Für den Bereich der Landeshauptstadt hat sich die SPD-Fraktion dafür eingesetzt, daß eine Überführung der landeseigenen **Hochseefischereiflotte** wie auch der bundeseigenen **Howaldtswerke** in Privathand keinesfalls vertretbar sei. Beide Unternehmen stellen mit ihren zusammen mehr als 20 000 Arbeitsplätzen einen wesentlichen Faktor für den Arbeitsmarkt der Landeshauptstadt dar. Die Fraktion ist der Meinung, daß diese Arbeitsplätze nicht dem Risiko wirtschaftlicher Spekulationen ausgeliefert werden dürfen. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist besonders dringlich in den **Randkreisen um Hamburg**. Auch hier hat sich die sozialdemokratische Fraktion wiederholt dafür eingesetzt, daß am Wohnort der derzeitigen Pendler nach Hamburg Arbeitsstätten geschaffen werden,



die eine dringend notwendige Gesundung der sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse der betreffenden Gemeinden herbeiführen können. Darüber hinaus hat sich die Fraktion dafür ausgesprochen, daß der im Aufbaugesetz des Landes vorgesehene **Landesplanungsausschuß** endlich berufen wird, um eine Koordinierung aller Kräfte bei der Aufstellung einer langfristigen Planung für die Wirtschaftsförderung zu gewährleisten. Nur die Zusammenfassung aller verantwortlichen Kräfte wird im Stande sein, den großen wirtschaftlichen und sozialen Belastungen, die auf das Land zukommen, in Zukunft gerecht zu werden.

Der Wohlstand des Landes und vor allem seine innere Festigkeit gegenüber inneren und äußeren Belastungen ist jedoch nicht nur eine Frage der Wirtschaftskraft, sondern in erster Linie auch eine Frage der Leistungsfähigkeit der Bevölkerung. Das bedeutet, daß zu den dringenden Aufgaben überhaupt die **Hebung des allgemeinen Bildungsstandes der Bevölkerung**, die Förderung sowohl der allgemeinbildenden als auch der berufsbildenden Schulen, der Fach- und Hochschulen, der Einrichtungen der **Erwachsenenbildung** und der Lehrerbildung gehören. Die Förderung des **Schul- und des Turnhallenbaus** muß auch die räumlichen Voraussetzungen hierzu schaffen. Insbesondere hat sich die Fraktion dafür eingesetzt, daß von der Regierung des Landes ein **Bedarfsplan für die berufsbildenden Schulen** (Berufs-, Berufsfach- und Fachschulen) erarbeitet wird.

Zu der Förderung des Landes und seiner Bevölkerung im ganzen treten als besondere Aufgaben die **Hilfe für die sozial schwachen Bevölkerungskreise** sowie insbesondere Maßnahmen zum Schutze und zur Förderung der Jugend. Als besonderes Problem steht der **soziale Wohnungsbau** hier noch immer an oberster Stelle, dazu vor allem die Versorgung einkommensschwacher Bevölkerungskreise mit ausreichendem Wohnraum sowie die Gewährung hinreichender **Miet- und Lastenbeihilfen**.

Desgleichen hat sich die Fraktion für die Förderung des **Krankenhausbaus**, dem Bau von **Schwesternwohnheimen** und ähnlicher Einrichtungen eingesetzt. Einen wesentlichen Raum in der Arbeit der Fraktion nahm auch die **Jugendwohlfahrt** ein. Dies gilt sowohl für die unteren Altersgruppen durch die Schaffung von **Kinderspielflächen** und dergleichen als auch für ältere Jugendlichen, die z. T. bereits im Berufsleben stehen. Als Beispiel kann hierfür der Antrag auf die **Erhöhung des Mindesturlaubs** für jugendliche Arbeitnehmer unter 18 Jahren auf 24 Werktage jährlich genannt werden.

Auch die Sorge für die Schwerbeschädigten der vergangenen Kriege ist ein wichtiges Anliegen der sozialdemokratischen Fraktion gewesen. So hat sie u. a. sich auch dafür eingesetzt, daß vor allem in den Landesbehörden und ihren nachgeordneten Dienststellen die durch das Schwerbeschädigtengesetz geforderten Zahlen der Arbeitsplätze durch **schwerbeschädigte Arbeitnehmer** besetzt werden. Sie hat ferner Wert auf die nachgehende Fürsorge gelegt, desgleichen auf die Fortführung der vorbeugenden **Maßnahmen gegen tuberkulose Erkrankungen**, vor allem also der Röntgenreihenuntersuchungen unter Bedingungen, die für alle Staatsbürger zumutbar sind.

Im Interesse, vor allem der einkommensschwachen Bevölkerungskreise, hat sich die SPD-Landtagsfraktion wiederholt dafür eingesetzt, daß die **Preise**, insbesondere für Grundnahrungsmittel, auf erträgliche Höhe gehalten werden. So hat sie u. a. in einer großen Anfrage zur **Stabilisierung der Brotpreise** Stellung genommen und hat sich daneben mehrfach eingesetzt, daß die vor allem für die Bevölkerung an der dänischen Grenze wichtige Einfuhr von **Butter im kleinen Grenzverkehr** in dem bisherigen Ausmaß erhalten bleibt.

Ein weiteres Augenmerk richtete sich auf die Frage der Bewaffnung der Bundeswehr mit **Atomwaffen und des zivilen Bevölkerungsschutzes**. Die atomare Entwicklung auf allen Gebieten, auch für Forschung und Lehre, ist von der

Fraktion sehr sorgfältig verfolgt worden, wobei auch die Auswirkungen einer solchen Entwicklung auf die Bevölkerung nicht vergessen wurde; u. a. sind Forderungen für den **Schutz** derjenigen angestrebt worden, die in Zukunft an Kernreaktoren arbeiten werden. Leider besteht noch immer dringende Veranlassung, auf die Gefahren hinzuweisen, die der Bevölkerung, vor allem der Küstengebiete und der Schifffahrt, daraus erwachsen, daß **versenkte Munition des 2. Weltkrieges** noch nicht beseitigt ist. In Anfragen an die Landesregierung hat die sozialdemokratische Fraktion darauf gedrungen, daß über den Umfang dieser Gefahr Klarheit geschaffen wird und die entsprechenden Maßnahmen ergriffen werden, um derartige Gefahrenquellen nunmehr endgültig zu beseitigen. In den Fragen der öffentlichen Verwaltung ist die SPD-Fraktion auf verschiedenen Gebieten initiativ geworden. In erster Linie sind hier zu nennen die Fragen der **Besoldung der Beamten** im öffentlichen Dienst, die Frage der **Personalvertretungen** und die **Urlaubsregelung**. Der Umfang der Bemühungen geht u. a. daraus hervor, daß allein zum Personalvertretungsgesetz 14 Anträge durch die Fraktion gestellt worden sind.

Zu all den vorangesagten großen Problemen hat die Landtagsfraktion sich weiterhin mit Angelegenheiten der **Landessatzung** und Geschäftsordnung des Landtages, mit dem Vertrag des Landes Schleswig-Holstein und der **evangelischen Landeskirchen**, dem Gesetz des **Landesrechnungshofes**, des **Sparkassengesetzes** und der Durchführung des **Bundesentschädigungsgesetzes**, der Aufsichtsführung für die Sozialversicherung, dem **Landschaftsschutz** usw. beschäftigt.

Wenn auch ein wesentlicher Teil der Fraktionsarbeit im Landtag selber stattfindet, so ist es damit doch keinesfalls getan. Immer wieder ist die Fraktion als Ganzes oder sind kleinere Gruppen von Abgeordneten aus der Landeshauptstadt hinaus **ins Land gefahren**, um in den Kreisen und Städten **Informationen aus erster Hand** zu bekommen, ganz abgesehen von der ständigen politischen Tätigkeit, die die einzelnen Abgeordneten in ihren Wahlkreisen und Heimatorten leisten. Um auch diejenigen Kreise besser betreuen zu können, die nicht direkt durch einen Abgeordneten im Landtag vertreten sind, sind in solchen Fällen Abgeordnete aus benachbarten Kreisen veranlaßt worden, für diese Gebiete die **Patenschaft** zu übernehmen, d. h. auch hier eine unmittelbare Betreuung zu gewährleisten. Die laufend intensive Arbeit der Fraktion wird durch **fünf Arbeitskreise** wahrgenommen, deren Arbeitsgebiete im einzelnen die folgenden sind: 1. Verfassung und Rechtswesen, 2. Finanzen, 3. Kultur, 4. Wirtschaft, 5. Soziales.

In diesen Arbeitskreisen ist die Gewähr gegeben, daß über die eigentliche Arbeit in den Ausschüssen und im Plenum des Landtages hinaus sowohl wichtige Einzelfragen behandelt als auch die großen Grundzüge der künftigen Politik der Sozialdemokratie durchdacht und verfolgt werden können.